

DP

DEUTSCHE POLIZEI

03/25

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



GdP fordert Antworten
Chefsache
Innere Sicherheit!



Wir schützen Beschützer.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für die Polizei.

Es hat sich viel getan, seit SIGNAL IDUNA vor über 110 Jahren gegründet wurde. Eins ist immer geblieben: Unser Anspruch, als Gemeinschaft füreinander einzustehen. Vor allem durch unseren Spezialversicherer, die Polizeiversicherungs AG, kannst Du Dich auf maßgeschneiderte Versicherungslösungen verlassen.

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Kontaktdaten scannen!

Titel

- 2 Eure GdP ist und bleibt mittendrin
- 3 23. März: Bundestagswahl 2025

Schwerpunkt

Fachtag „Jüdisches Leben und Polizei“



- 4 Wir müssen uns einmischen

Im Gespräch



- 10 „Wahrheit!“

Innenleben

Rückblende Tarifrunde TVöD



- 12 Klare Ansage: Löhne rauf, Belastung runter
- 14 ZDF-Erfolgsautor ... und NS-Propagandist
- 16 Genau, ich helfe den Helfern
- 18 Die Schützer besser schützen
- 19 #einervonuns
- 20 Klarheit und klare Ansage
- 21 Für ein gutes Leben im Alter
- 22 Illegales Glücksspiel nicht entkriminalisieren
- 23 Erklärung zum Internationalen Frauentag

Hingeschaut

Gewalt gegen Frauen



- 24 Keine Toleranz!
- 28 Herausfordernd!
- 30 Offensive Auseinandersetzung geboten
- 32 **Medienrückblende**
- 32 **Impressum**

In eigener Sache

Sehr geehrte Leserschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen,

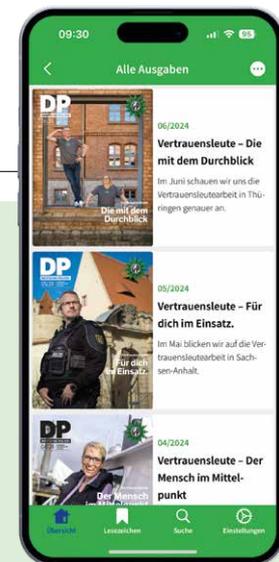
womöglich beschleicht die eine oder den anderen das Gefühl, dass diese Märzangabe DEUTSCHE POLIZEI sich in der Hand etwas anders anfühlt als noch das Heft des Vormonats. Das Gefühl trügt nicht. Das Magazin hat etwas abgespeckt und ist dadurch leichter und dünner geworden. Der Grund dafür liegt in der Reduzierung der Seitenzahl des sogenannten Bundesteils – von 40 auf 32 Seiten. Die Dicke der gern gelesenen und beliebten Landes- und Bezirksjournale bleibt jedoch in Gänze erhalten.

Mitte November 2024 hatte der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) in seiner Kölner Sitzung einen Arbeitsauftrag „DEUT-

SCHE POLIZEI“ beschlossen. Dieser sieht neben wirtschaftlichen Überlegungen den Ausbau und die Fortentwicklung der digitalen „DP - DEUTSCHE POLIZEI“ vor. Im Dezember fiel dann die Entscheidung, die Seitenzahl des „DP-Mantels“ auf 32 Seiten abzuschmelzen. Acht Seiten geworden sind es übrigens aus drucktechnischen Gründen. Diese Seitenzahl entspricht einem Druckbogen.

Die GdP wird also schon sehr bald den Weg für eine aktuellere, hintergründigere und vielfältigere App-Ausgabe unseres Mitgliedermagazins bereiten. Und so nah wie das digitale Endgerät den Nutzerinnen und Nutzern ist, so nah sollen dann auch viele DP Themen der kommenden Zeit ausfallen – nah am Beruf, nah an den Bedarfen, nah an dem, wofür die GdP steht.

Eure Redaktion DEUTSCHE POLIZEI



DP – DEUTSCHE POLIZEI

Deine digitale DP, wo und wann immer Du willst: selbstverständlich inklusive aller Landes- und Bezirksjournale. Übrigens auch mit der „POLIZEIPRAXIS“. Wenn Du sagst, „Papier, nein danke“, ist das Deine DP-Alternative.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundesvorstand

NEUE REGIERUNG, NEUES PARLAMENT

Eure GdP ist und bleibt mittendrin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzten Wochen wurden durch den Wahlkampf enorm geprägt. Es wurde heftig um Stimmen für die jeweilige Partei argumentiert und gestritten. Unsere Sicherheitsbehörden hatten den großen Auftrag, freie demokratische Wahlen zu schützen, zum Beispiel gegen Desinformationen oder Übergriffe. Das war für alle Menschen in den Sicherheitsbehörden ein Kraftakt, deshalb sagen wir an erster Stelle: Danke für euren Dienst!

Wir haben als Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit großem Engagement in allen Teilen der Bundesrepublik Eure Interessen, Sorgen und Nöte aktiv in den Wahlkampf eingebracht und deutliche Forderungen an den neuen Bundestag und an die neue Bundesregierung formuliert.

Die Tarifverhandlungen sind noch nicht beendet, eine Lohnerhöhung müssen wir uns hart erstreiten! Wir hören also nicht auf zu fordern, denn wir warten jetzt seit geraumer Zeit auf Verbesserungen für unseren Dienstalltag, unsere Ausstattung, unsere Besoldung, Bezahlung und vieles mehr. Der neue Deutsche Bundestag hat also richtig viel Arbeit im Bereich der Sicherheit, und wir werden uns wieder lautstark und mit großer Fachlichkeit in diese vielen Aufgaben einbringen. Die Menschen in unseren Sicherheitsbehörden verdienen deutlich mehr Unterstützung! Und das wird auch

der Auftrag an die neue Bundesregierung. Die bekannten Probleme sind bisher nicht gelöst, während wir jeden Tag den Schutz der Menschen in unserem Land gewährleisten müssen und dafür 100 Prozent geben.

Die Gewählten müssen jetzt zügig eine neue starke demokratische Koalition und akzeptierte Bundesregierung bilden. Die Koalitionsverhandlungen sind in vollem Gange und Eure GdP wieder mittendrin, statt nur beobachtend an der Seitenlinie. Unsere fünf Investitionsforderungen für mehr Sicherheit sind:

Mehr Personal = mehr Sicherheit

Mehr Geld = mehr Sicherheit

Moderne Befugnisse = mehr Sicherheit

Bessere Ausstattung = mehr Sicherheit

Weniger Datenschutz = mehr Sicherheit

Und das gilt sowohl für die Bundesregierung als auch für die Landesregierungen in unserer föderalen Sicherheitsarchitektur, denn die Lage ist sehr ernst.

Im Polizeidienst erleben wir oft das Unvorstellbare. Wir nehmen Täter fest, die uns nicht unbekannt sind. Wir stellen uns psy-

chisch kranken, bewaffneten Gewalttätern entgegen. Wir sichten Unmengen an Missbrauchsbildern im Internet, um Pädophile zu ermitteln und Kinder zu schützen. Wir führen qualifizierte Festnahmen bei Straßenkrawallen durch. Auf der Autobahn stellen wir Sichtschutzwände gegen Gaffer auf und vermessen Tatorte. An den Grenzkontrollstellen vollstrecken wir viele Haftbefehle. Aktenberge im Bereich der Massenkriminalität werden nicht kleiner, sondern höher. Bei der Drohnenabwehr hinken wir hinterher und die Bekämpfung von Spionage und Cyberattacken muss verstärkt werden. Auf der Ostsee erleben wir Schiffsbewegungen und Aktivitäten, denen wir die Stirn bieten müssen. In Frontex-Missionen stehen wir neben europäischen Grenzschützern und sichern ganz Europa. Datenschutz verhindert das Verbinden vieler wertvoller weltweiter Sicherheitsinformationen, und das Trennungsgebot fordert kluge Mechanismen zur gemeinsamen Terrorabwehr.

Wir werden die neue Regierung stets und ständig daran erinnern, dass die Innere Sicherheit der Bundesrepublik eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern ist. Sicherheit geht nur gemeinsam und mit einer klaren, wirksamen deutschen Sicherheitsstrategie. Die deutsche Polizei ist zwar ein Puzzle aus 17 einzelnen Teilen – dies aus gutem Grund. Doch erst zusammengelegt ergibt sich das Bild, das wir uns als GdP nicht



Jochen
Kopelke



Sven
Hüber



Alexander
Poitz



Michael
Mertens



Christian
Ehringfeld



Clemens
Murr



Hagen
Husgen



Katrin
Kuhl



Sibylle
Krause

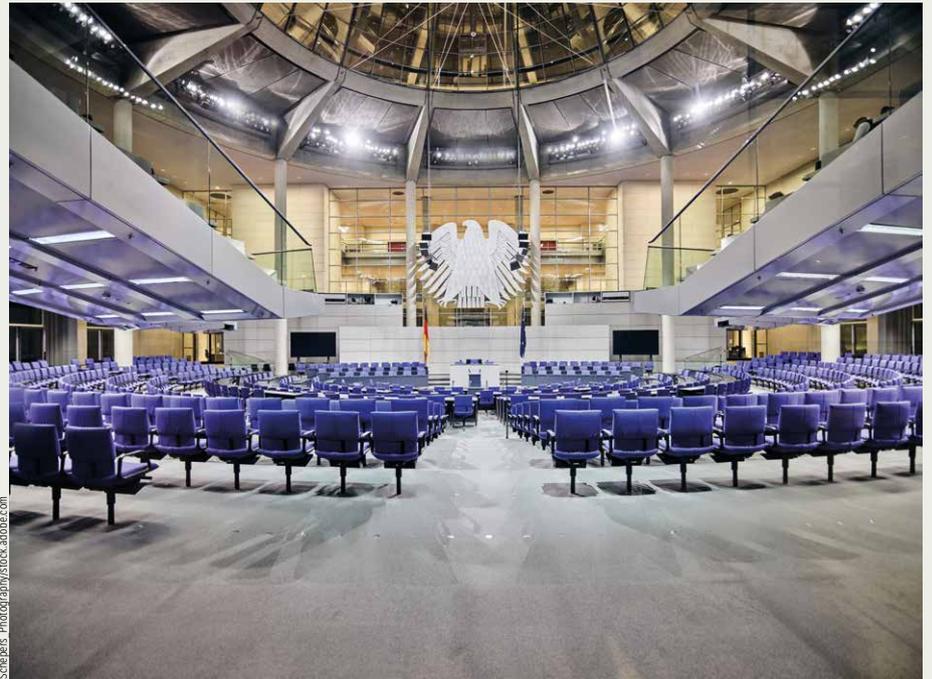
nur wünschen, sondern fordern. Und dabei ist jedes Teil gleich wichtig. Nicht nur für Deutschland, sondern sogar für die Sicherheit in ganz Europa.

Als GdP wollen wir eine Polizei aus einem Guss. Eine Polizei, die allerorten gleich gut aufgestellt ist. Mit der besten Technik, der besten Schutzausstattung und modernem Mindset. Ob im Beamten- oder im Tarifbereich. Ob im aktiven Dienst oder im Ruhestand. Wir wollen eine Bundesregierung, die sich um uns und die Sicherheit kümmert.

**Die Gewerkschaft der Polizei
(GdP) spricht mit der Kraft,
dem Selbstbewusstsein und
der lauten Stimme von
210.000 Mitgliedern.**

Wir sagen der neuen Bundesregierung und dem Bundestag klipp und klar: Mit bloßer Ankündigungspolitik und politischer Blockade wird sich jeder an der GdP die Zähne ausbeißen. Reifen jedoch rasch gute, realistische Vorschläge und folgen gute Entscheidungen sowie wirksames Handeln, bleibt die GdP im gesamten politischen Prozess eine verlässliche, sichtbare und kompetente Partnerin. Versprochen!

**Euer Geschäftsführender
GdP-Bundesvorstand**



Bundestagswahl 2025

Redaktion

29 Parteien haben an der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 teilgenommen.

Wenige Stunden nach der Schließung der Wahllokale ist das vorläufige Ergebnis verkündet worden.

Die Kreis- und Landeswahlausschüsse ermitteln im Anschluss das Wahlergebnis für alle Direktkandidaten und -kandidatinnen sowie die Zweitstimmenergebnisse in den Ländern.

Danach stellt der Bundeswahlausschuss das Gesamtergebnis fest. Die Aufgabe, das amtliche Endergebnis bekanntzugeben, liegt bei Bundeswahlleiterin Dr. Ruth Brand.

Die Partei mit dem höchsten Stimmenanteil beansprucht in der Regel den Regierungsauftrag für sich und beginnt mit Sondierungsgesprächen, die zu Koalitionsgesprächen, zu einem Koalitionsvertrag und zu einem Regierungsbündnis führen.

Spätestens 30 Tage nach der Wahl, also am 25. März 2025, muss der neu gewählte Bundestag zusammentreten. So sieht es das Grundgesetz vor. In dieser konstituierenden Sitzung wählen die Abgeordneten das Präsidium des Bundestages und beschließen die Geschäftsordnung.

Dem neuen Deutschen Bundestag, dem 21. in der Geschichte der Bundesrepublik, werden nach einer Wahlrechtsreform von 2023 exakt 630 Mitglieder angehören, mehr als 100 Abgeordnete weniger als im 20.

Nach der Bundestagswahl bleibt die amtierende Bundesregierung vollständig handlungsfähig. Sollte bis zur ersten Sitzung des neuen Bundestages noch keine neue Regierung zustande gekommen sein, arbeitet die amtierende Bundesregierung im Anschluss als geschäftsführende Bundesregierung weiter. Und zwar so lange, bis eine neue Regierung gebildet wurde.

Diese geschäftsführende Bundesregierung besitzt dieselben Befugnisse wie eine Regierung, die „regulär“ im Amt ist.

Das bedeutet: Die GdP wird sich weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass für Euch wichtige Gesetzesvorhaben so schnell und so gut wie möglich umgesetzt werden.

Die GdP wird den gesamten Prozess der Regierungsbildung sehr eng begleiten und ihre Forderungen mit Nachdruck an Parteien, Fraktionen und Parlamentarier adressieren. Unser Ziel ist es, möglichst viele unserer Forderungen in den Koalitionsvertrag zu bringen und darauf zu drängen, dass diese auch schnell umgesetzt werden.

Nicht zuletzt gratulieren wir allen Abgeordneten mit einem Mitgliedsausweis unserer Gewerkschaft der Polizei und haben vor, diese in Kürze in unserer DP näher vorzustellen.



Schwerpunkt

„Jüdisches Leben und Polizei“
GdP-Fachtag



(v.l.) Katrin Kuhl und Alexander Poitz (beide GdP-GBV), Daniel Schuster (SWC), Michel Öz (NPB), Rabbi Abraham Cooper (SWC), Albert Springer (NPB) sowie Jochen Kopelke und Sibylle Krause (beide GdP-GBV).

FACHTAG „JÜDISCHES LEBEN UND POLIZEI“

Wir müssen uns einmischen

Ende Januar 2025 erlebte die Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die bislang hochkarätigste und wichtigste Veranstaltung in ihren eigenen vier Wänden. Mit dabei: eine Delegation des US-amerikanischen Simon Wiesenthal Centers (SWC) unter Führung von Rabbi Abraham Cooper. Zudem die Leiterin des Fachgebietes Polizeigeschichte und Politische Bildung sowie Antisemitismusbeauftragte der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol), Vertretungsprofessorin Dr. Haydée Mareike Haass, zwei Vertreter der niederländischen Polizeigewerkschaft NPB (Nederlandse Politiebond) und nicht zuletzt Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Ein Bericht über den Fachtag „Jüdisches Leben und Polizei“.

Michael Zielasko

Rund 40 Teilnehmende, darunter GdP-Bildungsverantwortliche aus Ländern und Bezirken, den Personengruppen und der AG Vielfalt, erörterten in geführten Workshops die Themenkomplexe „Jüdisches Leben, Antisemitismus und Polizei“ sowie den Stand der polizeilichen Informationsgewinnung aus öffentlich zugänglichen Quellen, die sogenannte Open Source Intelligence, kurz „OSINT“.

Im Kampf gegen den Antisemitismus gestärkt

Die GdP sei stolz, durch die Bildungskooperation mit dem Simon Wiesenthal Center, ihren gewerkschaftlichen Aktivitäten gegen den grassierenden Antisemitismus, Rassismus, Extremismus, Hass und Hetze intensivieren und wirksamer gestalten zu können, sagte GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke in einleitenden Worten. Der Wertekanon seiner Organisation verlangt ständige Kraftanstrengungen zum Schutz der deutschen Demokratie. Er kündigte an, diese Bemühungen auch in den europäischen Raum zu tragen. An Rabbi Cooper gewandt, sagte der GdP-Chef: „Mit dem SWC an unserer Seite fühlen wir uns in unserem Kampf ge-

gen das Unmenschliche und Freiheitsfeindliche gestärkt.“

Der GdP-Fachtag sei in eine besondere Woche gefallen. Es habe sich zum 80. Mal der Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gefeiert. Kopelke berichtete von der eindrucksvollen Möglichkeit, zuvor im Rahmen der „Transatlantischen Antisemitismuskonferenz“ gemeinsam mit Vertretern des Simon Wiesenthal Center und Bundesjustizminister Dr. Volker Wissing unter anderem mit der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer, sowie dem Journalisten Marcel Reif und Rabbi Yehuda Teichtal, Begründer und Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Chabad Berlin, sprechen zu können. Er freue sich zudem sehr, dass die JUNGE GRUPPE(GdP) sich einerseits intensiv dem Schutz der Demokratie widme und sich andererseits die Rolle der Polizei im NS-Staat annehme und unterstrich: „Wir dürfen als Polizeibeschäftigte, als Polizistinnen und Polizisten in Deutschland, egal welcher Polizei man angehört, nie wieder Teil einer solchen Geschichte werden. Und wir dürfen nicht mehr zuschauen, wir dürfen nicht mehr am Rand stehen, wir müssen uns einmischen. Einmischen, indem man ausbildet, fortbildet und sich bereit macht. Das können wir.“

„Menschlichkeit“

Rabbi Abraham Cooper sieht ebenfalls eine gute Basis für entsprechenden Optimismus: „Dass das SWC und die größte deutsche Polizeigewerkschaft sich wieder in Berlin treffen, erneut beraten und zusammenarbeiten – und das während des 80. Jahrestages der Befreiung des Todeslagers Auschwitz-Birkenau, dem ultimativen Symbol nationalsozialistischer Barbarei – gibt uns allen Grund, auf eine hellere Zukunft für unsere Kinder und Enkel zu hoffen“. Er ergänzte, Simon Wiesenthal habe oft gesagt: „Hoffnung lebt, wenn Menschen sich erinnern. Dies sei inspiriert von den jüdischen Weisen, die uns lehrten: „In der Erinnerung liegen die Wurzeln der Erlösung; im Vergessen die Wurzeln der Zerstörung.“ Sich der Erinnerung zu verpflichten bedeute, die schmerzhaften Schrecken der Vergangenheit wachzuhalten. Cooper: „Aufbauend auf Wahrheit bieten uns die Erregenschaften und Misserfolge der Vergangenheit die Möglichkeit, eine bessere Zukunft zu gestalten.“ Aus diesem Grund werde das

Simon Wiesenthal Center gemeinsam mit seinen deutschen Partnern in Berlin handeln.

Und dann gab der stellvertretende SWC-Direktor den Teilnehmenden noch die Worte „eines großen Rabbis“ mit auf den Weg: „In Schwarz geschrieben stehen alle Worte, sogar die Zehn Gebote. Es ist essenziell, alle richtigen Regeln weiterzugeben, die Regeln zu kennen und nach ihnen zu leben. Doch die wahre Lebensqualität liegt in den weißen Zwischenräumen zwischen diesen Buchstaben.“

Und dafür, so Cooper, könne man nicht von einer Regierung, einem Minister oder der Polizei verlangen, sich darum zu kümmern – das sei nicht deren Problem, das könne nicht einfach jemand anderes übernehmen. Ja, es sei wichtig, das geschriebene Gesetz zu lernen, und die Polizei sollte es durchsetzen, sonst gebe es Probleme. „Aber die Lebensqualität zwischen Menschen mit unterschiedlichem oder keinem Glauben liegt in den weißen Zwischenräumen zwischen den Gesetzen“, führte er aus. „Letztlich basiert die wahre Lebensqualität überall auf dem Gesetz – aber man muss über das Gesetz hinausgehen. Und das ist etwas, das uns, so glaube ich, die deutsche Kultur mit dem Begriff Menschlichkeit gegeben hat. Menschlichkeit kann man nicht gesetzlich vorschreiben. Man kann keine Gesetze erlassen, die vorschreiben, anständig zuein-



Ziel sei es unter anderem, polizeiliche Demokratiekompetenzen zu stärken und Kooperationsprojekte zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft auszubauen, führte DHPol-Vertretungsprofessorin Dr. Haydée Mareike Haass aus.

ander zu sein oder ein schwieriges Gespräch mit dem eigenen jugendlichen Sohn zu führen. Genau darum geht es in Führung. Und letztlich ist das der wahre Maßstab für die Lebensqualität eines jeden von uns.“

„Sie übernehmen Verantwortung“

Zu Beginn ihres Grußwortes dankte Bundesinnenministerin Faeser der Gewerkschaft der Polizei für ihre mahnende und kräftige Stimme im Kampf gegen den sich ausweitenden



Im Vordergrund (v.r.): Dr. Abbee Corb und Rick Eaton, die Referenten des OSINT-Workshops.



Schwerpunkt

„Jüdisches Leben und Polizei“
GdP-Fachtag



„Sie übernehmen als Gewerkschaft Verantwortung“, betonte Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Antisemitismus. „Sie helfen, jüdisches Leben zu schützen und Antisemitismus zu bekämpfen. Und Sie übernehmen als Gewerkschaft Verantwortung. Indem Sie es unseren Polizistinnen und Polizisten leichter machen, ihren wichtigen Beitrag zu dieser Aufgabe noch besser und souveräner zu leisten. Und indem Sie auf diesem Fachtag wertvolles Wissen vermitteln, wie jede und jeder Einzelne dazu im Berufsalltag beitragen kann.“ Würden jüdische Menschen angegriffen, dann müsse eins immer gelten: „Dafür gibt es keine Rechtfertigung und null Toleranz!“

Der Staat steht fest an der Seite der jüdischen Gemeinschaft. Und das sei leider gerade jetzt angesichts einer nahezu verdoppelten Zahl antisemitischer Straftaten besonders dringend nötig, hob die Ministerin hervor. Faeser: „Wenn es darum geht, ganz konkret gegen antisemitische Hetze und Gewalt vorzugehen, stehen Polizistinnen und Polizisten oft in der ersten Reihe. Und für Betroffene, die antisemitische Vorfälle zur Anzeige bringen, sind sie meist die ersten Ansprechpartner.“

Bei Jüdinnen und Juden sei neues Vertrauen in den deutschen Staat und seine Behörden gewachsen. Dieses große Vertrauen zeige sich auch daran, dass der Anteil an antisemitischen Delikten, die die Gemeinden

zur Anzeige gebracht haben, bei 100 Prozent liegt.

„Über dieses Vertrauen bin ich sehr froh und allen in unseren Sicherheitsbehörden und den Polizeien von Bund und Ländern,



„Wir müssen uns einmischen. Einmischen, indem man ausbildet, fortbildet und sich bereit macht. Das können wir“, unterstrich der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke.

die dazu beigetragen haben, sehr dankbar“, schloss sie ihre Ausführungen.

Reflexion und Wissen

Vertretungsprofessorin Dr. Haydée Mareike Haass leitet an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) das Fachgebiet „Polizeigeschichte und Politische Bildung“. Gleichzeitig fungiert sie dort als Antisemitismusbeauftragte. In ihrem Vortrag machte sie mit Blick auf die Relevanz ihres Fachgebietes deutlich, dass die Förderung der Reflexion über die eigene berufliche Sozialisation und die Stärkung des beruflichen Selbstverständnisses in einem demokratischen Rechtsstaat im Vordergrund stehen. Ziel sei es unter anderem, polizeiliche Demokratiekompetenzen zu stärken und Kooperationsprojekte zwischen der Polizei und der Zivilgesellschaft auszubauen. Polizeiführungen könnten so selbstreflexiv und kommunikativ in die Polizeien hineinwirken.

Kolleginnen und Kollegen sollten zudem besser befähigt werden, antisemitische Vorfälle erkennen und einordnen zu können. Neben historischem Wissen würden grundlegende Kenntnisse über die Erscheinungsformen der modernen Judenfeindlichkeit, mit Blick auf Rechtsextremismus, Linksextremismus, propalästinensische Gruppen und israelbezogenen Antisemitismus vermittelt. Weiterhin werde über antisemitische Codes und entsprechende Bildsprache aufgeklärt, wie auch Hintergründe zur jüdischen Kultur und der rund 2000-jährigen Geschichte des Antisemitismus erläutert. Die angehenden Führungskräfte sollten zudem auch ein Gefühl dafür bekommen, was es heißt, heute in Deutschland jüdisch zu sein.

DNA des Antisemitismus

Zum Einstieg in die Workshop-Phase stellte Daniel Schuster, Europa-Repräsentant des Simon Wiesenthal Centers in Wien, den Teilnehmenden nach einem SWC-Kurz-Portrait und dessen breit aufgestellten Aktivitäten die vorherrschenden antisemitischen Ressentiments und Narrative dar. Man könne von einer „DNA des Antisemitismus“ sprechen, die sich durch Begriffe wie Weltdominanz, Dehumanisierung oder Gier auszeichnet. Die Polizei kann in diesem Kontext einen wichtigen Beitrag im Kampf um

das „aufklärende Narrativ“ leisten. Zum Beispiel in Publikationen, mit Stellungnahmen, in Talkshows, mit Besuchen oder Studienreisen. Es helfe zudem, das Judentum zu entmystifizieren: zum Beispiel durch einen Synagogenbesuch oder den persönlichen Kontakt zu Jüdinnen und Juden. Zugleich unterstützt es, die Vielfalt des Judentums zu verstehen und jüdische Bräuche kennenzulernen. Schuster betonte, der wichtigste zu leistende Beitrag einer funktionierenden Antisemitismusprävention und -bekämpfung ist Aufklärungsarbeit. Der Schutz der Demokratie sei dabei elementar.

Mit dem „3-D-Test“ schilderte er drei der gängigen antisemitischen Herangehensweisen von Israelkritikern – die Delegitimierung des Existenzrechtes Israels, die Dämonisierung des Landes als böse oder gefährlich und das Ansetzen von Maßstäben, die sonst für kein anderes Land gelten. Auch ein antiisraelisches Narrativ führte der Fachmann an. Dieses speist sich unter anderem durch Vorwürfe des Rassismus, der Apartheid, der Besatzung, der ethnischen Säuberung und des Kolonialismus.

Als Polizei in die Gemeinschaft hineinwirken

Einen breiten Überblick über die „Prinzipien geleitete Polizeiarbeit in der Gemeinschaft“ verschaffte den Teilnehmenden die sich, zumindest als Polizistin, im Ruhestand befindende Ann Young, ehemals erster weiblicher, afroamerikanischer Captain des Los Angeles Police Departments (LAPD). Young doziert heute an der California State University und moderiert im Museum of Tolerance das „Tools for Law Enforcement Program“.

„Community Policing“ beschreibt sie als Philosophie zur Förderung von Vertrauen zwischen Strafverfolgungsbehörden und Gemeinschaften. Das Ziel sei es, Vorurteile abzubauen, die öffentliche Sicherheit zu verbessern und Kriminalität zu reduzieren. Die Polizei habe die Mission, die Professionalität in der Strafverfolgung zu fördern. Hauptziele seien: Vertrauen aufbauen, Problemlösungen entwickeln und ethische Praktiken in der Strafverfolgung etablieren. Besonderer Wert und Konzentration würden auf das proaktive Problemlösen gelegt. Damit wolle man Kriminalität verringern und möglichst verhindern, die Angst vor Kriminalität bekämpfen, die Lebensqualität verbessern so-



Rabbi Abraham Cooper: „Aufbauend auf Wahrheit bieten uns die Errungenschaften und Misserfolge der Vergangenheit die Möglichkeit, eine bessere Zukunft zu gestalten.“

wie die Beteiligung und Verantwortung der Gemeinschaft erhöhen. Dies spiegelt sich in dem „LAPD Mission Statement“ wider: „Als Mitglieder unserer vielfältigen Gemeinschaft dienen wir selbstlos als Beschützer, mit Empathie, Fairness und Respekt, um Leben zu schützen, Kriminalität zu verhindern und die Lebensqualität zu verbessern. Unsere Mission ist es, in Zusammenarbeit mit unserer Gemeinschaft Leben und Eigentum zu schützen, während wir die Lebensqualität in unserer Stadt verbessern. Dies soll durch den kreativen Einsatz von Ressourcen, Gemeinschaftsbildung und -beteiligung sowie

durch gegenseitigen Respekt innerhalb unserer Abteilung und unserer Stadt erreicht werden.“ Young forderte die Teilnehmenden immer wieder auf, die amerikanische Sicht mit der deutschen zu vergleichen, was zu einer lebhaften Diskussion führte.

Rehabilitation statt Bestrafung

Im Gespräch blieben Young und die Workshop-Gruppe auch bei ihrem zweiten Thema: dem Jugendjustizsystem in den Vereinigten Staaten. Hier führte sie einige zentrale Prioritäten an, die die Zukunft prägen sollen. So liegt der Fokus auf Rehabilitation statt Bestrafung. Dabei sollen Umleitungsprogramme und gemeindebasierte Interventionen die Abhängigkeit von der Haft verringern. Zugleich wird auf ethnische Gerechtigkeit geachtet. Es geht darum, Richtlinien und Praktiken zu reformieren, die Jugendliche aus Minderheiten unverhältnismäßig stark betreffen. Traumasensible Ansätze integrieren die psychische Gesundheitsunterstützung und entsprechende Betreuung auf allen Ebenen des Jugendjustizsystems. Weiterhin wird der Übergang von großen Haftanstalten hin zu kleineren, behandlungsorientierten Wohnprogrammen fortgesetzt. Zugleich würden fortschrittliche Datenanalysen eingesetzt, um Trends zu identifizieren, die Wirksamkeit von Programmen zu messen und politische Entscheidungen zu informieren. Technologie solle das Fallmanagement verbessern, die Transparenz erhöhen und die Kommunikation zwischen den Beteiligten erleichtern. Nicht zuletzt würde der Ausbau von Programmen unterstützen, inhaftierte Jugendliche auf die Reintegrati-



„Community Policing“ im Blick: Ann E. Young wurde als erste afroamerikanische Frau zum „Captain“ im Los Angeles Police Departments (LAPD) ernannt.



Schwerpunkt

„Jüdisches Leben und Polizei“
GdP-Fachtag



Daniel Schuster, Europa-Repräsentant des Simon Wiesenthal Centers, erläuterte die „DNA des Antisemitismus“.

on in ihre Gemeinden vorzubereiten. Dabei erhielten sie Zugang zu Bildung, Berufsausbildung und Mentoring.

Unendliche Quelle verwertbarer Informationen

Im zweiten parallel laufenden Workshop präsentierten Rick Eaton und Dr. Abbee Corb die zunehmende Bedeutung der Informationsgewinnung aus öffentlich zugänglichen Quellen, abgekürzt OSINT, und konfrontierten die Teilnehmenden mit einer Vielzahl an Beispielen. Die Entwicklung spricht für sich. Während Mitte des 15. bis Ende des 19. Jahrhunderts nur gedruckte Informationen, vorlagen, diese Verbreitungswege bis zum 20. Jahrhundert durch Radio, Kino, TV und Multimedia-Anwendungen ergänzt wurden, steht seitdem durch die rasante digitale Entwicklung des Internets und sozialer Medien ein Vielfaches an Informationen und Möglichkeiten zur Verfügung. Plattformen würden vor allem durch extremistische Aktivitäten geradezu ausgebeutet, verdeutlichte Eaton, Direktor der Forschungsabteilung am Simon Wiesenthal Center. Sein Fachwissen hat ihn zu einer angesehenen Persönlichkeit auf dem Gebiet der Hassgruppenforschung gemacht.

OSINT beziehe sich auf die Sammlung, Analyse und Verbreitung von Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen. Zu diesen Quellen gehören Medien, das Internet, Daten der öffentlichen Verwaltung, kommerzielle Daten sowie akademische Ressourcen, ergänzte seine ebenso am SWC forschende Kollegin, Dr. Abbee Corb. Sie promovierte in Kriminologie und trägt einen Master in Terrorismus- und Geheimdienststudien. Das OSINT-Verfahren wird zumeist in der Cybersicherheit, Strafverfolgung und Unternehmenssicherheit eingesetzt, um Erkenntnisse und verwertbare Informationen bereitzustellen, ohne dass verdeckte Operationen erforderlich seien.

Zudem sei es ein wertvolles Instrument, um Personen zu identifizieren, die das Internet für kriminelle oder terroristische Handlungen nutzen und Mitglieder von Banden oder terroristischen Gruppen oder an beleidigendem, räuberischem oder rechtswidrigem Verhalten beteiligt seien. Stoßen könnte man ebenso auf böswillige Online-Aktivitäten, Verhaftungen, Verurteilungen, Klagen, Insolvenzen, Entlassungen oder den Missbrauch einer „anonymen“ virtuellen Identität im Internet.

Treiber für Gewalt und Extremismus

In einem zweiten Vortrag beleuchteten die SWC-Experten das Projekt: „Digitaler Terrorismus und Hass“ und nahmen darin auch

Bezug auf die Online-Aktivitäten deutscher Neonazi-Gruppierungen. Eaton und Cobb zeigten widerliche Beispiele teils massiven Judenhasses und „weißem Nationalismus“, die auf Social-Media-Plattformen und Messengern wie Instagram, Facebook, TikTok, „X“ (ehemals Twitter), Telegram und WhatsApp sichtbar sind. Darunter fielen auch Aktivitäten zur Anleitung sogenannter Einsamer-Wolf-Attentäter. Auch Online-Spiele seien ein Treiber für Gewalt und Extremismus. „Mit über 3 Milliarden plattformübergreifenden Spielern weltweit, Millionen monatlich aktiven Nutzern auf Gaming- und gaming-nahen oder spezialisierten Plattformen sowie einer Überfülle an täglich veröffentlichten gamingbezogenen Inhalten ist die Gaming-Kultur allgegenwärtig im modernen Leben. Ludologie ist dabei die formale Untersuchung von Spielen und ihrem Einfluss. Das Feld hat sich seitdem erweitert, um Extremismus und Terrorinhalte in Spielen einzubeziehen. Seit dem Anstieg von Schulschießereien in den 1990er Jahren und dem dramatischen Anstieg aktiver Schützen wird viel Forschung zu potenziellen Verbindungen zwischen Gaming und Gewalt betrieben“, erläuterte das Forscher-Duo. In diesem Kontext verwiesen sie auf das von der AfD zur Verfügung gestellte Online-Spiel „Deutschlandretter24“ sowie weitere den Terrorismus in den Vordergrund stellende Games. ■



(v.r.) Partnerschaft: Rabbi Abraham Cooper, stellvertretender Direktor des Simon Wiesenthal Centers, und der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke.



Die Partnerschaft des Simon Wiesenthal Centers und der GdP in Bildern



Zum SWC-Gespräch von Dr. Haydée Mareike Haass mit der GdP-Bundesjugendvorsitzenden Jennifer Otto auf dem GdP-YouTube-Kanal



Zum SWC-Gespräch von Daniel Schuster, Europa-Repräsentant des Simon Wiesenthal Centers, mit dem GdP-Bundes seniorenvorsitzenden Ewald Gerke auf dem GdP-YouTube-Kanal



Gewerkschaft
der Polizei

BB Bank
Better Banking

BBBank-Kreditkarten¹ mit GdP-Logo



- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte¹
(Visa Card) zum Sonderpreis
von 29,90 Euro

**Sonderkonditionen
für GdP-Mitglieder
und ihre
Angehörigen**



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon oder
WhatsApp 0721 141-0
und auf www.bbbank.de/gdp

Einfach online bestellen:
www.bbbank.de/gdp



¹Ausgabe einer Kreditkarte; Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig, Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres; BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres; BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.

Folgen Sie uns





Schwerpunkt

„Jüdisches Leben und Polizei“
GdP-Fachtag



Live und vor Publikum: die spätere Talkrunde mit Ann E. Young und GdP-Bundesvize Sven Hüber.

IM GESPRÄCH

„Wahrheit!“

Zum Abschluss des Fachtages der Gewerkschaft der Polizei (GdP) „Jüdisches Leben und Polizei“ talkten Ann E. Young und der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Sven Hüber über Youngs Polizeikarriere und die Herausforderungen der Bildungsarbeit. Das vollständige Gespräch ist auf dem GdP-YouTube-Kanal zu erleben. DP war beim Vorgespräch der beiden ganz Ohr. Es drehte sich um schreiende Ausbilder, Einsamkeit und gute Wünsche.

Michael Zielasko

Ann E. Young wurde im April 2000 als erste afroamerikanische Frau zum „Captain“ im Los Angeles Police Departments (LAPD) ernannt. Heute ist sie im Ruhestand und doziert sowohl an einer Universität sowie im Simon Wiesenthal Center. Aufgewachsen ist die Tochter ihrer aus Jamaika und Kuba stammenden Eltern im New Yorker Stadtteil Brooklyn. Dass sie Polizistin werden wollte, stand schon sehr früh fest, erzählt Young den Teilnehmenden des Fachtages und erinnert sich noch lebhaft an die enge Beziehung der New Yorker Polizei zu bürgerlichen Gemeinschaft dort.

Nach ihrem Umzug von der Ost- an die Westküste der USA begann sie ihre Ausbildung bei der LAPD. Ihr erster Tag in der Akademie sei schrecklich gewesen, schildert sie. „Das Schreien der Ausbilder war unerträglich. Sie riefen uns Namen, lachten uns aus und machten sich über uns lustig.“ Aber, das stand sie alles durch und begann eine lan-

ge, erfolgreiche Laufbahn: „Detective“ Mitte 1988, „Sergeant“ 1991 und „Lieutenant“ Mitte 1995, fünf Jahre später „Captain“.

Ob sie denn nicht zurecht als Vorbild beschrieben werden könne, fragte Hüber. Ihr Weg müsse doch für andere Frauen inspirierend gewesen sein? „Vorbild?“, lächelt sie bescheiden zurück. „Ich hoffe, ich habe ein Leben geführt, das andere dazu ermutigt, der LAPD beizutreten. Ein Leben, auf das Frauen und People of Color stolz sein können.“ Dennoch sei der Weg schwierig gewesen, fügt sie an und antwortet auf Hübers Frage, welche Hindernisse und Herausforderungen zu überwinden waren: „Jedenfalls viele. Nicht alle Führungskräfte waren erfreut über meine Beförderung, obwohl sie sich das nicht anmerken ließen. Wissen Sie, es ist ziemlich einsam an der Spitze. Ich habe ein paar Freunde verloren. Ich hatte niemanden, mit dem ich über meine Sorgen sprechen konnte. Manchmal war ich

die einzige Stimme im Raum, oft war ich still oder wurde ignoriert, wenn ich etwas sagte.“

Hüber: „Würden Sie denselben Weg noch einmal gehen?“ „Ja“, strahlt sie. Sie würde alles noch einmal genauso machen. Es gebe nicht einen Moment der Reue. „Ich konnte die Früchte meiner Arbeit in den Erfolgen meiner Mitarbeiter sehen.“ Es gebe viele positive Erinnerungen, darunter ihre Zeit in der Abteilung für Jugendkriminalität, Einsätze vor Ort und die Gesichter der Gemeinschaft, die auf ihre Hilfe hofften. Und sie erzählt, wie sie sich mit einem ehemaligen Gangmitglied traf, der schließlich sein Studium abgeschlossen hatte.

GdP-Vize Hüber nahm den Faden auf und lenkte das Gespräch auf die Arbeit mit jungen Menschen und Youngs Tätigkeit als Universitäts- und SWC-Dozentin. „Warum arbeiten Sie gerne mit jungen Menschen? Welche Erfahrungen helfen Ihnen, junge Menschen zu inspirieren, der Polizei beizutreten?“ Die jungen Menschen seien unsere Zukunft und suchten bei uns erfahrenen Älteren nach Orientierung, antwortet die ehemalige Polizistin. „Das Museum of Tolerance und die Universität ermöglichen es mir, weiterhin als Mentorin zu wirken. Es bietet mir den Raum, über Führung zu sprechen.“ Denn, so betont Young, falsche Führung könne zu katastrophalen Situationen führen.

Was denn wichtig sei, wenn es darum gehe, Wissen so zu vermitteln, dass es junge Menschen heute effektiv erreiche, hakte Hüber nach. Die Antwort fiel so kurz wie klipp und klar aus: „Wahrheit!“

Dann legte Hüber noch einmal das Thema Antisemitismus in den Fokus; er bat Ann E. Young, ihre drei Wünsche für junge Polizistinnen und Polizisten, die Polizei generell und die jüdische Community zu verraten.

„Ein besseres Verständnis füreinander, eine echte Integration in die Gemeinschaft und mehr Zusammenarbeit, besonders in friedlichen Zeiten“, antwortete sie und betonte, dass es entscheidend sei, „die Kulturen aller Menschen, denen wir dienen, zu verstehen“.



Zum Talk in voller Länge
auf dem GdP-YouTube-Kanal

UNSER RABATT-ANGEBOT EXKLUSIV FÜR MITGLIEDER DER GDP



ZUSÄTZLICH SICHERN: LEASING-NACHLASS IN HÖHE VON BIS ZU WEITEREN 2,0%¹⁾



MAZDA CX-30

Nachlass: **25,0%**²⁾



MAZDA CX-5

Nachlass: **25,8%**²⁾



MAZDA CX-60 DIESEL

Nachlass: **25,0%**²⁾



MAZDA CX-80 DIESEL

Nachlass: **22,0%**²⁾



MAZDA 2 HYBRID

Nachlass: **22,0%**²⁾



MAZDA 3

Nachlass: **23,5%**²⁾



MAZDA 6

Nachlass: **27,5%**²⁾



MAZDA MX-30

Nachlass bis zu: **37,0%**²⁾

Energieverbrauch kombiniert für den Mazda CX-80 e-Skyactiv D 254: 5,7 - 5,8 l/100 km. CO₂-Emissionen kombiniert: 148 - 151 g/km. CO₂-Klasse: E.

Energieverbrauch kombiniert für den Mazda2 Hybrid: 3,8 - 4,2 l/100 km. CO₂-Emissionen kombiniert: 87 - 97 g/km. CO₂-Klasse: B - C.

Weitere Informationen zur elektrischen Reichweite, Energiekosten, KFZ-Steuer und CO₂-Kosten finden Sie unter www.mazda.de/Energieverbrauch.

1) Beim Leasing über die Mazda Finance erhalten Sie auf den Anschaffungspreis des Fahrzeuges einen zusätzlichen Nachlass i. H. v. bis zu 2,0% auf die UVP.

2) Ersparnis gegenüber der UVP der Mazda Motors (Deutschland) GmbH.

6 Jahre Garantie gemäß den Mazda Garantiebedingungen. Mehr Informationen finden Sie unter www.mazda.de/garantie.

Angebote gültig bis zum 30.06.2025 für Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei inkl. MwSt., zzgl. 1290€ Überführungskosten, die von uns als Händler abgerechnet werden, und zzgl. Zulassungskosten.

Nicht mit anderen Nachlässen/Aktionen kombinierbar.

Beispielfotos von Fahrzeugen der jeweiligen Baureihe, die Ausstattungsmerkmale der abgebildeten Fahrzeuge sind nicht Bestandteil des Angebotes.

Stand: 01.01.2025



BERLIN + BRANDENBURG



#HEIMATBEWEGT

BERLIN-SPANDAU • BERLIN-STEGLITZ
DÜSSELDORF • KÖLN • KREFELD
HAMBURG



by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

Autohaus Mecklenburg Vertriebs GmbH
Malteserstr. 10-18
12247 Berlin-Steglitz

Marcus Harke
Verkaufsberater Mazda

030-766 81-108
marcus.harke@meklenborg.de



by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

Autohaus Mecklenburg Vertriebs GmbH
Nonnendammallee 10
13599 Berlin-Spandau

Norman Przygodda
Verkaufsberater Mazda

030-766 81-417
norman.przygodda@meklenborg.de

NORDRHEIN-WESTFALEN



by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

I.C. Autohandel Rheinland GmbH
Oberhausener Str. 2
40472 Düsseldorf

Tel.: **0211 96 50 50**
apr_vertrieb@autopark-rath.de



by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

I.C. Autohandel Rheinland GmbH
Untergath 175
47805 Krefeld

Tel.: **02151 371 5 0**
apr_vertrieb@autopark-rath.de



by AUTOTEWES - #HEIMATBEWEGT

I.C. Autohandel Rheinland GmbH
Oskar-Jäger-Str. 166-168
50825 Köln

Tel.: **0221 400850**
verkauf@autohaus-kierdorf.de

Innenleben



Laut und sichtbar: Die GdP am Verhandlungsort in Potsdam.

RÜCKBLLENDE TARIFRUNDE TVÖD

Klare Ansage: Löhne rauf, Belastung runter

Wenn diese DP erscheint, ist die zweite Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen bereits in den Büchern. Eine Rückblende: Schon beim ersten Aufeinandertreffen mit den Arbeitgebern hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit ihren zahlreichen Kolleginnen und Kollegen am Potsdamer Verhandlungsort ordentlich Druck gemacht. Dennoch: Die andere Seite lieferte (noch) nicht.

Michael Zielasko

Das Verhalten der Arbeitgeber war zwar vorhersehbar gewesen, dennoch sei dies angesichts der Lage der Beschäftigten nicht angemessen, erklärte Christian Ehringfeld, für die Tarifpolitik verantwortlicher stellvertretender Bundesvorsitzender, direkt nach der ersten Tarifrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen Ende Januar in Potsdam. „Das ist zwar eine herbe Enttäuschung, die aber zumindest ein Gutes hat. Die Entschlossenheit unserer Kolleginnen und Kollegen, für mehr Lohn und weniger Belastungen zu kämpfen, ist spürbar fester geworden.“

Zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten die Auftaktrunde vor Ort lautstark und sichtbar begleitet. Sie ließen keinen Zweifel daran, ihre gerechtfertigten Forderungen durchsetzen zu wollen. Insbesondere die kommunalen Arbeitgeber verharteten aber in einer starren Haltung. Sie ließen wenig Zeit verstreichen, um klarzumachen, dass sie die gewerkschaftlichen Forderungen für nicht finanzierbar halten. Diese zurückzuweisen, war die zwangsläufige Reaktion.

Diese kam bei den Gewerkschaften nicht besonders gut an. Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke sparte daraufhin nicht mit Kritik. Und diese fiel zudem heftig aus: „Löhne rauf, Belastung runter: Das ist unsere Ansage. Hoch engagierte Polizeibeschäftigte werden hier einfach so ignoriert“, adressierte er an die nach Potsdam angereisten Medienvertreter. Der GdP-Chef forderte die Arbeitgeberseite auf, eine gerechte und schnelle Tarifeinigung nicht zu blockieren und die Polizeiarbeit nicht zu beeinträchtigen. „Wir bekämpfen Terrorgefahren, sichern die deutsche Grenze und helfen Menschen. Die Arbeitgeber spielen ihr übliches Spiel, dabei müssten Sie von ihrem hohen Ross herunter und die gefährliche Realität der Zeitenwende erkennen und handeln.“

Ehringfeld lenkte unterdessen seinen Fokus schon auf die Wirkung der aktuellen Runde auf die der dann folgenden für die Be-



GdP-Chef Jochen Kopelke: „Unsere Forderungen sind klar: Mehr Lohn, mehr Entlastung, mehr Erholung - für die Kolleginnen und Kollegen in den Sicherheitsbehörden in Bund und Kommunen.“

schäftigten in den Ländern. „Klar ist: Diese TVÖD-Runde ist für alle Beschäftigten in der Polizei ein klares Signal. Ende des Jahres gehen die Länder in die Verhandlungen für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Kommen die öffentlichen Arbeitgeber ihren Verpflichtungen nicht nach, wird sich das insgesamt sehr negativ auf die Personalgewinnung und -bindung hoch motivierter Mitarbeitenden auswirken und Personallücken reißen“, unterstrich der Tarifexperte.

Die zweite Runde der Verhandlungen fand am 17. und 18. Februar statt. ■

ANZEIGE

Frischer Start in den Frühling

Entdecken Sie attraktive Mobilfunkangebote für Sie und Ihre Familie – jetzt im Online-Shop mit zusätzlichen Sparvorteilen. Vorbeischaun lohnt sich!

Zum Online-Shop



Oder kontaktieren Sie uns hier:

Online-Shop: mitarbeiterangebote.telekom.de

E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de

Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 33 0034531

Ihre Vorteilsnummer: MA053

Treue-Aktion für Bestandskund*innen

500 MB für jedes Jahr im Mobilnetz der Telekom. Jetzt mit dem Smartphone im Mobilnetz buchen auf pass.telekom.de

T Connecting your world.

In Kooperation mit



iPhone 16

Innenleben



ZUR PERSON: HERBERT REINECKER

ZDF-Erfolgsautor ... und NS-Propagandist

Diesen Satz dürfte nahezu jeder lebensältere Fernsehzuschauer kennen: „Harry, hol schon mal den Wagen.“ In einem „Derrick“-Drehbuch kam dieser so trotzdem nicht vor. Und dann war da noch der väterliche Kommissar Keller, gespielt von Erik Ode. Hinter den TV-Erfolgsserien stand Autor Herbert Reinecker. Wie sich herausstellte, ein Mann mit NS-Vergangenheit. DP-Autorin Dr. Haydée Mareike Haass mit einem Blick hinter die Kulissen.

Dr. Haydée Mareike Haass

In den 1970er-Jahren prägte kein Ermittler das Bild eines demokratischen Polizisten so stark wie die ZDF-Serie „Der Kommissar“ (1969 bis 1976), die mit „Derrick“ (1974 bis 1998) eine erfolgreiche Fortsetzung erfuhr. Beide Serien waren internationale Erfolge und setzten das geforderte Re-Zivilisierungsprinzip der sich nach 1945 als zivil verstehenden Bundesrepublik perfekt um. Die Drehbücher stammten von Herbert Reinecker (1914 bis 2007), einem ehemaligen SS-Kriegsberichterstatter, NS-Kulturschaffenden und NS-Propagandisten, dessen Vergangenheit erst nach seinem Tod bekannt wurde.

Reinecker begann seine Karriere, wie viele Medienschaffende der späteren Bundesrepu-

blik, als NS-Propagandist. Schon früh trat er in die Hitlerjugend ein und stieg bis zum HJ-Oberbannführer auf. Er popularisierte nationalsozialistische Werte, um junge Männer für den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg zu begeistern. Zunächst gestaltete er die HJ-Zeitschrift „Unsere Fahne“ in Münster, 1935 erfolgte ein Wechsel zur Reichsjugendführung Berlin, wo er beim Presse- und Propagandaamt arbeitete und die einflussreichste HJ-Zeitschrift „Der Pimpf“ redigierte. Es folgten weitere Leitungspositionen. Außerdem verfasste er Theaterstücke und Drehbücher für Filme, die als NS-Vorzeigestücke galten. Als SS-Rottenführer schrieb er für SS-Zeitungen wie „Das Schwarze Korps“ und den „Völkischen Beobachter“ und war in verschiedenen SS-Divisionen tätig.

Im Zuge der Amnestiegesetze nach Kriegsende wurde er im Spruchkammerverfahren 1950 als „minderbelastet“ eingestuft. Wie viele Ehemalige war Reinecker nach 1945 schnell wieder erfolgreich. Er produzierte Hörbücher, Kinofilme und seichte Unterhaltungskultur, darunter Krimis fürs Fernsehen. Der Durchbruch beim ZDF gelang ihm mit populären Krimidreiteilern. Daraufhin wurde er beauftragt, eine neue Serie zu entwickeln, woraus „Der Kommissar“ entstand. Als alleiniger Drehbuchautor konnte er Ende der 1960er-Jahre seine eigenen politischen Vorstellungen und Agenden in die Serie einfließen lassen.

Die Krimiserien „Der Kommissar“ und „Derrick“

Reinecker verstand das Fernsehen als ein Medium, das neue Formen von staatlicher Au-

DP-Autorin

Dr. Haydée Mareike Haass



Vertretungsprofessorin und Historikerin, leitet das Fachgebiet für Polizeigeschichte und Politische Bildung an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster. Zusätzlich ist sie als Antisemitismusbeauftragte tätig. Ihre Forschung konzentriert sich auf die Geschichte der Polizei und der Demokratie sowie auf die Geschichte von Diktaturen, Gewalt und Antisemitismus. Nach einem Doppelstudium arbeitete sie von 2009 bis 2015 in Frankfurt (Main) am Lehrstuhl für Didaktik der Sozialwissenschaften und Schulische Politische Bildung der Goethe-Universität Frankfurt (Main) sowie im Jüdischen Museum. Von 2020 bis 2023 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte in München. Kürzlich veröffentlichte sie eine Publikation über Herbert Reinecker, den Erfinder der Krimiserien „Der Kommissar“ und „Derrick“, mit dem Titel „Herbert Reinecker: NS-Propagandist und bundesdeutscher Erfolgsautor. Eine mediale Verwandlungsgeschichte“. Dieses Buch wurde anlässlich des 50-jährigen Jubiläums von „Derrick“ an der Deutschen Hochschule der Polizei vorgestellt.

torität adressierte und sich gänzlich von der Gewalt der Nationalsozialisten abgrenzte. Er schuf einen Kommissar, der zuhörte, erklärte und die Gesellschaft zu verstehen versuchte. Obdachlosen oder Täterinnen und Tätern nahm er sich fürsorglich an. Dieses sozialmoralische Leitbild antwortete auf die normative Bedürfnisstruktur der Bundesrepublik. Angesichts der gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den „1968ern“ geriet die Polizei stark in die Kritik. Die Serie bot ein mediales und gewaltfreies Gegenbild an. Der „Kommissar“ und „Derrick“ wurden in ihrer Ermittlertätigkeit zudem als „Beichtväter“ und einfühlsame Therapeuten inszeniert, die den Täterinnen und Tätern durch Empathie und Verständnis, anstatt durch Zwang und Gewalt, ihre Geständnisse entlockten. Damit zeigten sie ein bis dahin untypisches Verständnis für Täterinnen und Täter, da die dargestellten Verbrechen oft als moralisch gerechtfertigt und teilweise sogar notwendig erschienen, wenn sie aus Zwangslagen heraus begangen wurden. In einer Zeit des Wandels, in der der Zeitgeist die alten Werte zu erschüttern drohte, konnten – laut den Serien – „anständige“ Menschen zu Mördern werden. Genau hierin liegt auch Reineckers Angebot an nationalsozialistische Täterinnen und Tätern sowie Mitläuferinnen und Mitläufer: Fragen nach der eigenen Schuld abzuwehren und sich dadurch selbst zu entlasten.

Diese Darstellung zeigt, dass Reinecker Liberalisierungsimpulse und Vergangenheitspolitiken aufnahm und sie in seinen Serien zu verankern verstand. Dennoch sind die Ermittler keine Liberalen. So wurden Obdachlose vom Kommissar zwar freundlich eingeladen, aber als devote und sich anbietende Figuren gezeichnet. Hier zeigen sich auch codierte Bildsprachen, die auf antisemitische Motive hinweisen können. Reinecker lässt alte Männer einen Raubmord begehen, wobei die bildliche Darstellung an eine gierige Krake erinnern soll – ein Motiv der NS-Propaganda, das nach 1945 nicht einfach verschwand und auf andere Akteurinnen und Akteure übertragen wurde.

So ist es kein Zufall, dass der ehemalige NS-Propagandist Reinecker auf patriarchale Ermittler und ein autoritäres Demokratieverständnis setzte, gerade als solche Führungskonzepte in Polizei und Gesellschaft grundsätzlich hinterfragt wurden. Nur dem Kommissar oblag die Aufklärung der Tat. Die Serie bot zudem keinen Raum für Geschlechterdemokratie. Reinecker entfernte die weibliche Polizei aus der Serie, während in den Bundesländern aktiv über die Integration von Frauen in die Schutzpolizei diskutiert wurde und Marianne Fendel als erste Fernsehkommissarin ermittelte. Die Transformation der Bundesrepublik und der Wertewandel wurden von ihm als destabilisie-

rend interpretiert. In einer Zeit, in der sich die Bundesrepublik zur Medien- und Konsumgesellschaft entwickelte, inszenierte Reinecker enthemmte Sexualität oder übermäßigen Konsum als Bedrohung für traditionelle Familien- und Gemeinschaftswerte, die zur Vernachlässigung von Kindern und sogar zu Mord führen könnten. Seine Serie war somit ein Angebot an die deutsche Mehrheitsgesellschaft, die sich mit dem Wertewandel und den Protesten der 1968er-Generation eben nicht identifizierte.

Die Serie diente daher als Bewältigungsformat für unterschiedliche und miteinander konkurrierende Werte sowie den Umgang mit medialer Gewalt in der Bundesrepublik. Sie verdeutlicht, dass biografische und mediale Verwandlungspolitik ein vielschichtiger und sich überlappende Prozess ist, der es nicht nur Herbert Reinecker, sondern auch seinem Publikum erlaubte, sich in der Demokratie wiederzuerkennen. „Der Kommissar“ und ab 1974 auch „Derrick“ waren erfolgreich, weil Reinecker Fragen von Schuld und Verantwortung nicht nur mit einer Kritik an der zeitgenössischen Liberalisierung von Sexualnormen und dem Verständnis von Staatsgewalt verband, sondern auch mit moralisch anspruchsvollen Fragen nach der eigenen und generationellen Schuld. ■

ANZEIGE

FÜR SCHARFBlick IM EINSATZ:
NIE WIEDER BRILLE!

EuroEyes



Kostenlose Beratung:
0800 1711 1711
euroeyes.de/gdp

10% Rabatt

auf Augenlaser- & Linsen-Behandlungen
(auch für Ehepartner, Eltern und Kinder)

Innenleben



Verena Schäfer ist GdP-Spitzenkandidatin der Beamtenliste bei den Personalratswahlen in Rheinland-Pfalz Ende März.

PERSONALRATSWAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ

Genau, ich helfe den Helfern

Ende März stehen in Rheinland-Pfalz Personalratswahlen an. Verena Schäfer kandidiert für die GdP. DP hat sich mit der stellvertretenden Vorsitzenden des „Hauptpersonalrats Polizei“ getroffen. Ein Gespräch über das die-Welt-besser-machen, ihre „Wall of Fame“ und das Atmen.

Michael Zielasko

Zu Beginn unseres Videogesprächs funktioniert die Kamera nicht. Dann ist das Bild da, das lachende Gesicht auf der anderen Seite verströmt sofort eine unglaublich positive Energie. Verena Schäfer ist Spitzenkandidatin der Beamtenliste bei den Personalratswahlen in Rheinland-Pfalz Ende März. „Ich gehe total in Personalratsarbeit auf“, strahlt sie. „Und ich möchte auch nichts anderes machen. Das bringt mir eine unglaublich hohe Arbeitszufriedenheit“, legt sie noch obendrauf.

Für Verena ist nach der Schule ein Kindheitstraum wahr geworden. Glücklicherweise, denn einen Plan B hätte es nicht gegeben. „Dieses, den anderen helfen, sich für andere einzusetzen, das steckt tief in mir drin. Da ist

der Polizeiberuf ja genau der richtige“, sagt sie mit glänzenden Augen und erzählt gleich noch von ihrem 20-jährigen Abitur-Nachtreffen. „In unsere Abschlusszeitung hatte ich hineingeschrieben, ich will die Welt ein Stückchen besser machen oder so ähnlich.“ Dann ist sie zur Polizei und hat den Auswahltest bestanden. „Puh“, atmet sie tief durch, „wenn der große Traum platzt, das wäre übel für mich gewesen.“ Der blieb aber heil, und die, die gerne hilft, konnte mit dem Helfen beginnen. „Und jetzt helfe ich sogar den Kollegen und Kolleginnen selbst. Genau, ich helfe den Helfern.“ Und so, wie sie das sagt, klingt das, als wäre es das Beste auf der Welt.

Wenn da nicht noch die Familie wäre. Das Trio um sie herum ist der zweifachen Mutter

sehr, sehr wichtig. „Mein Mann ist ja auch Polizist, also wir vier sind der Kern von allem: Bei dem, was wir dienstlich und im Ehrenamt tun, die Familie geht für mich immer vor. Das habe ich von Anfang an klargemacht, ganz egal, ob die Leute es hören wollten oder nicht. Und die haben es meistens auch akzeptiert.“ Konsequenz hat einen Namen.

Nach dem Studium führte der Weg der heute 41-Jährigen direkt in die Bereitschaftspolizei. „Das war ja gang und gäbe.“ Weil es ihr dort gefallen hatte, ist sie gleich ein paar Jahre geblieben und wurde später Teil der damals in Mainz neuen Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE). Dann meldeten sich die Zwillinge an. Nach der Elternzeit hatte sie rasch gemerkt, „das ist gar nicht ohne, am Wochenende auf Abruf parat zu stehen.“ Sie hat sich umgeschaut und einen kurzen Abstecher in das Personalwesen gewagt. „Da war ich zwar ausbildungsfremd eingesetzt, aber es hat supergut gepasst.“

Work-Life-Balance, Teilzeit, Mutterschaft und Führen in Teilzeit spielen eine Rolle in ihrer Personalratsarbeit. Seit sie Vorsitzende der Frauengruppe in Rheinland-Pfalz war, „ist das Thema im Hinterkopf präsent“. Aktuell sei sie vornehmlich mit Arbeits- und Gesundheitsschutz beschäftigt, sagt sie, aber, Überraschung: „Da sind wirklich viele dicke Bretter noch zu bohren. Beim Thema Vereinbarkeit und Gleichstellung sind wir deutlich weiter.“ Hört, hört.

Dennoch hatte sie sich anfangs ordentlich durchbeißen müssen. „Ich habe viele diskriminierende Kommentare ertragen. Und das ist mir am Anfang richtig nah gegangen.“ Doch, die einen jammern, die anderen ziehen daraus Stärke: „Nachträglich bin ich daran gewachsen. Gebraucht hätte ich es trotzdem nicht.“ Heute kann Verena bestimmte Menschen in bestimmten Situationen viel besser verstehen. Sie tue sich zwar noch immer mit der Opferrolle schwer, doch das dahinterstehende Gefühl habe sie hautnah erfahren. „Ich bekam von der GdP viel Unterstützung. Ich spürte, wie wichtig es ist, Personen um sich herum zu wissen, die für einen da sind und für einen eintreten. So bin ich jetzt für andere da.“

Verenas Rücken gestärkt hatten ihre beiden Mentoren, lächelt sie: „Wenn ich das sagen darf, ältere Herren. Die zwei werden mir das nicht übel nehmen. Von beiden habe ich gelernt, als Personalrat die Ruhe zu bewahren, sachlich an die Sache heranzuge-



hen.“ Dass sie trotzdem auch mal Puls bekommt, gesteht sie ganz offen, dennoch folgt sie stets ihrer Maxime, am Ende einen Kompromiss erzielen zu wollen. „Wenn es dazu nicht kommt, haben beide Seiten verloren.“ Klare Sache.

Seit gut einem Jahr verstärkt sie den Polizeihauptpersonalrat in Rheinland-Pfalz. Verena vertritt den Vorsitzenden René Klemmer, ein bekanntes Gesicht in GdP-Reihen. Die Wahlen stehen Ende dieses Monats an. Warum die GdP wählen, lautet die Frage, und sie sprudelt los: „Weil wir ein Top-Team mit Kolleginnen und Kollegen sind, die komplett leidenschaftlich GdP-Arbeit machen; viel, viel Herzblut. Wir kümmern uns um alle Themen, von A bis Z. Wir sind super vernetzt. Wir machen Tempo, schauen nach vorn. Wir wollen den Themen nicht hinterherlaufen, sondern schon einen Plan in der Tasche haben. Das macht uns besser. Und weil wir als GdP groß und stark sind, wird unsere Stimme dort gehört, wo sie gehört werden muss.“

Aktuell kämpft das Personalratsteam für eine ordentliche Unterbringung in guten Liegenschaften. „Die Gebäude sind angemietet und häufig über 50 Jahre alt, da fällt einiges an Renovierungen an, von den Bedarfen an Digitalisierung und Personal ganz zu schweigen.“ Ein weiteres Dauerthema, hängt sie an, sei natürlich eine gute Besoldung beziehungsweise Eingruppierung.

Verena Schäfer in einem ihrer Elemente.



Michael Förster

Es bleibt nicht verborgen, dass Verena jetzt in ihrem Element ist. Ihr Energielevel schnellt nach oben. Das Leben ist jedoch nicht immer nur ein Bälleparadies. Selbstverständlich gibt es Dinge, bei denen sie schlucken muss. „Wenn jemand meint, mich vorführen zu müssen, mir gegenüber respektlos ist. Wenn jemand nur motzt, und alles ist schrecklich. Wenn der Bezug zu den positiven Dingen verloren gegangen ist und der Ehrenamtler beschimpft wird.“ Sie hält kurz inne und zeigt dann hinter sich: „Du kannst das nicht sehen, aber da hängt meine persönliche ‚Wall of Fame‘. Da sammle ich Dinge, die ich für andere erreichen konnte. Das gibt mir Kraft, wenn ich sie brauche.“

Apropos Element. Das gibt es noch eines: das Wasser. „Schon als Kind ging ich leidenschaftlich gerne schwimmen, war im Verein und habe an Wettbewerben teilgenommen.

Seit meine Kinder damit angefangen haben, bin ich auch wieder im Becken.“ Wenn Verena ihre Bahnen zieht, schaltet sie ab. „Ich denke nur daran, dass ich beim Kraul regelmäßig atme: eins, zwei, drei. Das ist das Meditative an der Sache. Kopf aus, los geht's und noch vielleicht die Meter zählen.“

Dann ist die Kraft wieder da, die sie benötigt, anderen zu helfen. Zum Beispiel bei ungerechtfertigten Anschuldigungen mit Blick auf die vollständige Rehabilitation. „Wir arbeiten daran und haben schon etwas in petto“ Ein Initiativantrag für eine „Rahmendienstvereinbarung Arbeits- und Gesundheitsschutz“ liegt bereits auf dem Tisch. Ein Teil davon soll das Rehabilitationsmanagement sein. Im April, im Vierteljahresgespräch mit dem Minister, soll es weiter vorgehen. Verena wird nicht locker lassen. ■

ANZEIGE



Ihre exklusiven Mitgliedervorteile:

- Bis zu 200 EUR sparen auf Flüge in der Economy- und Business-Class

JETZT FLUG BUCHEN:

www.emirates.de/gdp-flug

- 5% Rabatt auf Emirates Holidays Pauschalreisen

JETZT REISE BUCHEN:

www.emirates.de/gdp-reise



BEI UNS DÜRFEN SIE SICH ZURÜCKLEHNEN

Beginnen Sie Ihren Urlaub bereits an Bord, wenn Sie mit Emirates ab Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg oder München fliegen. Lehnen Sie sich bequem zurück, genießen Sie köstliche, mehrgängige Menüs und erleben Sie das beste Bordunterhaltungssystem über den Wolken. Emirates fliegt via Dubai zu über 140 Reisezielen weltweit.



Innenleben

BUNDESFACHAUSSCHUSS ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Die Schützer besser schützen

Zu seiner ersten Präsenzsitzung traf sich der Bundesfachausschuss Arbeits- und Gesundheitsschutz der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitte Januar in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Aktueller Schwerpunkt der Tagesordnung war der verbesserte Schutz von polizeilichen Einsatzkräften im Falle gewalttätiger Angriffe, vornehmlich mit Blick auf bewaffnete Täter. Um einen besseren Überblick über zeitgemäße und wirksame Ausstattung zu erlangen, hatte sich das Gremium um den Vorsitzenden Dirk Tschöke und das zuständige Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes (GBV), Hagen Husgen, fachkundige Gäste eingeladen.



Aufstellung im Chefbüro: Der BFA Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Fotopause.

Hagen Husgen/Redaktion

Mit von der Tagungspartie waren auch Vertreter der GdP-BFAs Schutz- und Bereitschaftspolizei, die die frischen Informationen in ihre Gremien weitertragen wollen. Als interessierter Zuhörer hatte sich zudem GdP-Bundesvize Sven Hüber angekündigt, der den Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht repräsentiert. Mit den Fachleuten des israelischen Ausrüstungsproduzenten Marom Dolphin vor Ort und umfangreichen Informationen des bayerischen Herstellers Eibenholz sollte schließlich erörtert werden, welche Lösungen für die Bedarfe von Polizistinnen momentan am Markt sind oder entwickelt werden.

„Model“versuch

Die externen Experten legten in erster Linie ihren Fokus auf den Schutz vor Messerangriffen und stellten dabei Ausstattung vor,

die sich bereits im internationalen Rahmen bewährt hat. Die Produkte der israelischen Firma zeichnen sich nach Aussage der Referenten durch eine Technologie aus, die den Schutz gegen Stichwaffen, auch im Halsbereich, und Schusswaffen kombiniert und dabei flexibel und leicht bleibt. Diese sei seit vielen Jahren erfolgreich im operativen Einsatz der israelischen Polizei erprobt. Vor der Sitzung hatte „unser Model“ Tino Franke, sachsen-anhaltischer Kollege aus dem BFA Schutzpolizei, einige Vorführprodukte getestet – eine Schutzweste, einen Halsschutz und einen Beckengurt. Er bestand dann darauf, das Ensemble noch länger tragen zu dürfen – was viel aussagt. Insbesondere die Entlastung des Westengewichts über den Beckengurt, der an die Weste angeklickt wird, bewertete er als „super“.

Die Referenten erfreute das positive Feedback. Vor allem, weil das Model berichtete, bei anderen Systemen Rückenschmer-

zen zu bekommen. Insofern erscheint das von der Firma ersonnene „Micro Fusion System“, durch eine intelligente Gewichtsverteilung einen gewissermaßen tragfähigen Vorteil anzubieten. Die beiden ergänzten, dass die Firma wohl demnächst mit ihren Produkten in Rheinland-Pfalz polizeilich Fuß fassen wird.

Die Hoffnung des BFA, wertvolle Informationen über eine gute und gleichermaßen leichte Schutzausrüstung für die Kolleginnen und Kollegen im alltäglichen Dienst zu erhalten, die Stichschutz und den Schutz vor Schüssen vereint, wurde also erfüllt. Wichtig zu wissen: Der Stichschutz könnte mühelos an hierzulande vorhandene taktische Westen angeknüpft werden. Der deutsche Hersteller bietet ein modulares Bekleidungs-system an, welches es ermöglicht, die Kleidung nach Bedarf sogar von Schnitt- und Stichschutz auf schusshemmend zu erweitern. Durch die Einarbeitung in die Bekleidung könnte dieses System vornehmlich für zivile Kräfte interessant sein.

Im weiteren Verlauf der BFA-Sitzung stand neben dem Thema Stichschutz und einem ersten Austausch das Festlegen thematischer Arbeitsfelder an. So wurden als Schwerpunkte unter anderem die PDV 300 sowie die Themenfelder „Künstliche Intelligenz und Arbeitsschutz“, „Betriebsärzte“ und das Behördliche Gesundheits- wie Dienstunfallmanagement herausgearbeitet. Des Weiteren erörterte und beriet das Gremium die Bearbeitung von Kongressbeschlüssen und hörte einen gewerkschaftspolitischen Lagebericht. ■



Unser „Model“ präsentiert die Schutzweste mit zusätzlichem Stichschutz.

Innenleben

#einervonuns



Gedenken an Maximilian Stoppa.



GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke inmitten des Trauerzuges.

Zu Ehren ihres am 7. Januar während eines Einsatzes im brandenburgischen Lauchhammer getöteten Kollegen Maximilian Stoppa hat die sächsische Polizei Ende Januar in einem Trauermarsch durch die Dresdner Innenstadt von dem jungen Polizisten Abschied genommen. Im Gedenken an den 32-jährigen vereint waren ebenso Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei, an deren Spitze der Bundesvorsitzende Jochen Kopelke.

Auf ihrem Instagram-Kanal schrieb die GdP Sachsen: „Dresden steht still, die Herzen öffnen sich, Ruhe, die Polizeifamilie trauert. Und erst das Glockengeläut der Kreuzkirche durchbricht die erdrückende Stille.“

Maximilian, dir zu Ehren kommt die Blaulichtfamilie zusammen. Wir hätten dich lieber weiter in unserer Mitte gewusst.

Stille für immer.“



Zum Video des Trauermarsches

ANZEIGE

10% RABATT AUF ALLES*

AUCH AUF BEREITS REDUZIERTE WARE

*Infos und Konditionen auf Gdp.de/gdp-plus



Innenleben

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT: PROFIFUSSBALL UNTERLIEGT DEM LAND BREMEN

Klarheit und klare Ansage

Auf dieses Urteil haben nicht nur die direkt Beteiligten mit großer Spannung gewartet. Es sollte mindestens der Weg gewiesen und endlich Klarheit geschaffen werden. Der Blick richtete sich nach Karlsruhe. Genauer gesagt auf das Bundesverfassungsgericht. „Wichtig ist aufm Platz“ spielte sich dort im Sitzungssaal des Ersten Senats ab. Entschieden wurde über die Verfassungsbeschwerde gegen Polizeikosten bei Hochrisikospiele. Der Profifußball erlitt eine Niederlage. Das Land Bremen trug den Sieg davon.

Michael Zielasko

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, war eigens angereist und verfolgte den Richter-spruch vor Ort. Schließlich war er auch als Sachverständiger an der dortigen mündlichen Verhandlung Ende April 2024 maßgeblich beteiligt.

Dem Urteil des höchsten deutschen Gerichts attestierte der GdP-Chef weitreichende Folgen für alle deutschen Polizeibehörden. Nun sei endlich festgelegt, wer die immensen Kosten für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen trägt. „Das war längst überfällig“, sagte er in die zahlreichen Mikrofone.

Präzedenzfall

Und den hinter den Aufnahmegeräten stehenden Medienvertretern erklärte Kopelke weiter, dass eben nicht nur Fußballspiele von dem Urteil erfasst seien, sondern gleich alle kommerziellen Großveranstaltungen mit Konfliktpotenzial. „Die Entscheidung wird ein Präzedenzfall für ganz Deutschland sein und den Umgang mit der Finanzierung solcher Einsätze grundsätzlich beeinflussen“, prognostizierte die GdP-Spitze.

Gleichzeitig dürfte auch mehr Arbeit auf die Polizeiverwaltungen zukommen. Es würden mehr Gebührenbescheide eingehen, die erlassen werden müssten. Seine mahnenden Worte fanden Widerhall: „Wer rechtssicher Polizeirechnungen stellen will, muss nun die Polizeiverwaltung ertüchtigen“, konnte man der Presse entnehmen.

In den Polizeihauhalt

Außerdem forderte Kopelke die das Bremer Kostenbeteiligungsmodell kopierenden Bundesländer auf, sicherzustellen, die Gelder tatsächlich und ausschließlich den Polizeihauhalten zugutekommen zu lassen. Angesichts dringend benötigter Investitionen in Ausstattung, Digitalisierung und Personal dürfe es nicht sein, dass diese Mittel anderweitig verwendet werden. Er brachte dazu auch eine gesetzliche Festlegung ins Spiel.

Kopelke appellierte zudem: „Nun ist die Innenministerkonferenz und erneut die Deutsche Fußball-Liga (DFL) am Zuge, einheitliche Regelungen zur Reduzierung der Einsatzstunden zu finden. Wir Polizisten müssen unabhängig von einem Rechnungsbescheid Hochrisikospiele sicher machen.“ Nils Winter, Bremer GdP-Landesvorsitzender, stimmte ein und wies hin: „Seit der Saison 2015/ 2016 wurden in der Hansestadt an der Weser neun Spiele als Hochrisikospiele eingestuft. Das erforderte einen Aufwand von mehreren zehntausend Einsatzstunden. Hier muss von den Beteiligten eine Lösung gefunden werden.“

Einzige kompetente Stelle

Befürchtungen, dass bei Großveranstaltungen der Grad der Sicherheit mit der Polizei in preisdrückerischer Absicht ausgehandelt werden könnte, konterte Kopelke mit Nachdruck. Genau das dürfe nicht passieren, und „dagegen wenden wir uns mit aller Schärfe“. Die Polizei selbst sei die einzige kompetente Stelle, die das benötigte Maß an Sicher-



GdP-Bundesvorsitzender Jochen Kopelke mit einer ersten Bewertung des Karlsruher Urteils.

heit einschätzen kann. „Da darf niemand hineinreden.“

Verlockende Wirkung

Gegenüber der Tageszeitung „Welt“ stellte er fest: „Das Urteil zu Polizeikosten verändert die Innenpolitik erheblich. Angesichts knapper Kassen dürfte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts eine verlockende Wirkung auf die Finanzminister haben. Die wieder steigende Gewalt in Fußballstadien ist eine gefundene Grundlage für die Innenministerinnen und Innenminister, Vereinen mit der Kostenbeteiligung zu drohen. Der Ton in Bezug auf die DFL wird spürbar rauer. Und dazwischen stehen tausende Polizistinnen und Polizisten, die an jedem Wochenende im Fußballeinsatz ihren Dienst verrichten. Das Urteil ändert erst einmal nichts an der Gewalt im Fußball. Das Urteil ändert jedoch auch nicht den befremdlichen Umstand, dass eine Polizei eine andere Polizei für deren Hilfe beim Hochrisikospiele bezahlen muss. Es ist also jetzt an den Vereinen und der DFL, einen Vorschlag zur Reduzierung der Polizeiarbeitsstunden zu machen, denn sonst folgt eine Rechnung nach der anderen und vielleicht nicht mehr nur im Fußball.“ ■

Innenleben



Ewald Gerke, GdP-Bundesseniorenvorsitzender

GdP/Kay Herschelmann



14. DEUTSCHER SENIORENTAG IN MANNHEIM

Für ein gutes Leben im Alter

Vom 2. bis 4. April findet in Mannheim der 14. Deutsche Seniorentag statt. In Vorträgen, Mitmach-Angeboten, Workshops und Podiumsdiskussionen geht es darum, wie man aktiv und gesund älter werden kann. Auf einer Messe präsentieren Aussteller aus Deutschland und aus der Region innovative Angebote für ältere Menschen und alle, denen ein gutes Leben im Alter wichtig ist. Die Schirmherrschaft hat der Bundeskanzler übernommen.

Ewald Gerke, Bundesseniorenvorsitzender

Der Deutsche Seniorentag, eine Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO), findet alle drei Jahre jeweils in einem anderen Bundesland statt. 2025 ist er zum ersten Mal in seiner über 30-jährigen Geschichte in Baden-Württemberg zu Gast. 2021 wurde die Großveranstaltung wegen der Corona-Pandemie ausschließlich digital durchgeführt. 2018 in Dortmund und zuvor in Frankfurt und Hamburg nahmen jeweils rund 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teil.

Unter dem Motto „Worauf es ankommt“ werden auf dem Seniorentag Engagement und digitale Teilhabe zentrale Themen sein. Die GdP-Seniorengruppe als BAGSO-Mitgliedsorganisation ist selbstverständlich ebenfalls präsent. Mit einer Veranstaltung der südhessischen Laienspielgruppe „Roßdörfer Spätlese“ werden in Szenen wie „falscher Handwerker“ oder „Schockanru-

fer“ besonders perfide Betrugsmaschen zum Nachteil älterer Mitmenschen dargestellt. Zwei Polizeibeamtinnen aus Hessen und Baden-Württemberg begleiten die Spielszenen mit polizeilichem Fach- und Sachverstand und stehen dem Publikum für Fragen zur Verfügung. Das Präventionstheater findet am Donnerstag, 3. April 2025, von 15.30 bis 16.30 Uhr unter dem Titel „Vorbeugen, Schützen, Beraten“ als interaktives Angebot im „Johann-Wenzel-Stamitz-Saal“ statt.

Durchgängige GdP-Präsenz

Diese Veranstaltung wird nicht die einzige Aktivität der GdP-Senioren auf dem Seniorentag sein. Gemeinsam mit weiteren DGB-Gewerkschaften besetzen wir einen Infostand in zentraler Lage. Die GdP-Seniorengruppe wird während des gesamten Seniorentages durchgängig präsent sein und als Ansprech- und Gesprächspartner für unsere Mitglieder und Interessierte erreichbar sein. Der Bundesseniorenvorsitzende Ewald Gerke wird ebenfalls an allen Tagen anwesend sein und freut sich

auf viele Gespräche mit GdP-Mitgliedern aus der näheren und weiteren Region.

Das bundesweite Seniorentreffen ist eine gute Gelegenheit für eine Tagesveranstaltung örtlicher GdP-Seniorengruppen. Neben informativen Veranstaltungen kann man sich durch die vielen gewerblichen, privaten und institutionellen Aussteller einen Überblick darüber verschaffen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es im Alter, bei der Pflege oder im Alltag gibt.

Interessant ist die GdP-Veranstaltung auf dem Seniorentag insbesondere für Polizeianwärterinnen und -anwärter. Hier können sie erfahren, wie Prävention anders und nachhaltiger gestaltet werden kann. Ferner können sie mannigfaltige Erkenntnisse über die besondere Situation der Menschen im fortgeschrittenen Alter gewinnen.

Nähere und weitergehende Informationen können Interessierte telefonisch oder im Internet bei der BAGSO erhalten. Die Eintrittskarten enthalten darüber hinaus ein ÖPNV-Ticket des Rhein-Nahe-Verkehrsverbundes. ■

Einen Überblick verschafft man sich am besten auf der Internetseite: www.deutscher-seniorentag.de. Dort sind alle Informationen zu den Veranstaltungen und ein Programmheft verfügbar. Ein Besuch lohnt sich!

ANZEIGE

Die Nr. 1 für Qualitätstresore Ihre Waffen und Werte in sicheren Händen

- > zertifizierte Einbruchsicherheit nach EN 1143-1
- > individuelle Fachberatung
- > umfassender Service
- > umfassendes Produktsortiment
- > 150 Jahre deutsche Handwerkstradition



*gilt nur für nicht reduzierte Tresore.

Jetzt 10 % Rabatt*
sichern: GdP-HT-10

Hier scannen:
<https://bit.ly/4aqFBwZ>



HARTMANN-TRESORE.DE



Innenleben



Gemeinsame Durchsuchung einer Glücksspielhalle durch Polizei, Zoll, Ordnungsamt und Steuerfahndung.

GdP GEGEN BMJ-PLÄNE

Illegales Glücksspiel nicht entkriminalisieren

Im Bundesjustizministerium (BMJ) hatte es Überlegungen gegeben, das illegale Glücksspiel zu entkriminalisieren. Dafür sollten bestimmte einschlägige Paragrafen des Strafgesetzbuches (StGB) gestrichen werden. Das hält Alexander Poitz, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), für den komplett falschen Weg.

Marco Feldmann

Im Rahmen einer Online-Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates zur Bekämpfung des illegalen Glücksspiels erklärte Poitz: „Illegales Glücksspiel ist zum größten Teil, in all seinen Facetten, in die Organisierte Kriminalität und Clankriminalität verflochten. Im Bereich des Glücksspiels werden Milliarden umgesetzt.“ Illegales Glücksspiel sei ein zentraler Einnahmezweig der Organisierten Kriminalität, neben Drogenhandel, Prostitution und Waffenhandel. „Hier ernsthaft über eine Entkriminalisierung nachzudenken, verbietet sich“, betonte der Gewerkschafter, der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand (GBV) für kriminalpolizeiliche und -politische Themen zuständig ist. Denn: „Die Begleitkriminalität, die mit illegalem Glücksspiel einhergeht, zum Beispiel die Erpressung säumiger Spieler, Rohheitsdelikte oder Beschaffungskriminalität, ist bereits heute kaum im Fokus der Ermittlungsbehörden.“

Fast verdreifacht

Und das, obwohl das Problem eher größer als kleiner werde. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) haben sich die Delikte im Bereich des unerlaubten Glücksspiels im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr fast verdreifacht. Im Jahr 2023 wurden 5.281 Fälle registriert. Dies entspricht gegenüber 2022 einem Zuwachs um nahezu 184 Prozent. „Ein Vergleich mit weiter zurückliegenden Jahren zeichnet ein noch deutlicheres Bild: von 555 Fällen im Jahr 2016 auf nunmehr 5.281 Fälle im Jahr 2023. Das ist eine Verzehnfachung der Zahlen“, warnte Poitz.

Rechtslage vereinfachen

Der GdP-Vize benannte mehrere Herausforderungen für die Strafverfolgung im Bereich der Bekämpfung des illegalen Glücksspiels. „Die Organisierte Kriminalität agiert in abgeschotteten und hierarchisch organisierten Strukturen, was Ermittlungen erschwert. Zudem nutzen die Kriminellen moderne Tech-

nologien, um ihre Aktivitäten zu verschleiern.“ Den Strafverfolgungsbehörden wiederum fehle es an einer ausreichenden Anzahl spezialisierter Ermittlerinnen und Ermittler sowie technischer Ausstattung. Des Weiteren würden für den illegalen Betrieb von Geldspielgeräten häufig lediglich Geldstrafen verhängt, die die Täter innerhalb weniger Tage durch ihre Einnahmen wieder ausgleichen könnten, bemängelte Poitz. Er forderte: „Die Rechtslage muss vereinfacht werden, um der Polizei eine effektivere Bekämpfung des illegalen Glücksspiels und seiner Hintermänner zu ermöglichen. Ziel muss sein, die Gewinnmöglichkeiten krimineller Akteure deutlich zu reduzieren, Strukturen der Organisierten Kriminalität aufzudecken und nachhaltig zu zerschlagen.“

TKÜ ermöglichen

Um gegen Veranstalter von Glücksspielen, die häufig der Organisierten Kriminalität oder auch kriminellen Clans zuzuordnen sind, konsequent vorgehen zu können, komme in Betracht, künftig auch Telefonüberwachungsmaßnahmen (TKÜ) zu ermöglichen. Hier wäre eine Aufnahme als sogenannte Katalogstraftat sehr zu begrüßen. Denn bislang sei es oft so, berichtete der Gewerkschafter: „In unzähligen Verfahren gegen Mitglieder der Organisierten Kriminalität wird bei TKÜ-Maßnahmen illegales Glücksspiel aufgedeckt. Nur ist es leider nicht verwertbar, da es keine Katalogstraftat ist.“ Wichtig sind Poitz zufolge außerdem eine deutliche Aufstockung der Zahl von kriminalpolizeilichen Ermittlerinnen und Ermittlern, intensive Fort- und Weiterbildungen sowie der Ausbau des kooperativen Verbundes mit anderen Polizeien. ■

Alexander Poitz



im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand (GBV) für kriminalpolizeiliche und -politische Themen zuständiger stellvertretender Bundesvorsitzender.

GEWALTSCHUTZ VON FRAUEN

Erklärung zum Internationalen Frauentag

Erika Krause-Schöne

Weltweit werden die Errungenschaften, die die Rechte und Interessen von Frauen betreffen, am Internationalen Frauentag von Hunderttausenden gefeiert. Der 8. März steht für ein selbstbestimmtes, freies Leben von Frauen – für die Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Gleichzeitig erleben wir aber auch an diesem Tag, dass viele Frauen und Mädchen Hass und Gewalt erleiden müssen, weil sie Frau oder Mädchen sind. Geschlechtsspezifische Gewalt ist ein historisch gewachsenes, strukturelles Problem weltweit. Die Bundesfrauengruppe der GdP erklärt anlässlich des Internationalen Frauentages ihre volle Solidarität mit allen von Gewalt betroffenen Frauen – allerorten, auch und vor allem in Deutschland.

Wir fordern eine Nulltoleranzpolitik gegen geschlechtsspezifische, häusliche und sexuelle Gewalt in Deutschland. Zudem den wirksamen Schutz von Frauen und Mädchen vor jeder Form der Gewalt, physisch und psychisch, in der eigenen Wohnung, auf der Straße, im öffentlichen Raum und im Internet. Insbesondere seit den 2000er-Jahren werden zwar Fortschritte gemacht. Diese sind jedoch unzureichend. Das jetzt beschlossene Gewalthilfegesetz regelt den Rechtsanspruch auf Hilfe für Betroffene erst ab 2032! Also noch sieben Jahre weiterhin steigende Zahlen der von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern?

Wir vermissen den klaren politischen Willen zur konsequenten Beseitigung der



Erika Krause-Schöne ist seit 2018 Vorsitzende der GdP-Bundesfrauengruppe.

zunehmenden Gewalt an Frauen und Mädchen. Mit der Ratifizierung und Inkrafttreten der Istanbul-Konvention 2018 hat Deutschland sich dazu bekannt, die historisch verwurzelte strukturelle Gewalt an Frauen und Mädchen vollumfänglich zu bekämpfen. Daran gemessen, liegen eklatante Defizite vor. Allen voran sind die politischen Entscheider und Akteure in Bund, Ländern und Kommunen in der Pflicht, Polizei, Justiz, das Hilfesystem handlungsfähig auszustatten und abzusichern. Der Schutz von Menschen ist oberster politischer Auftrag. ■

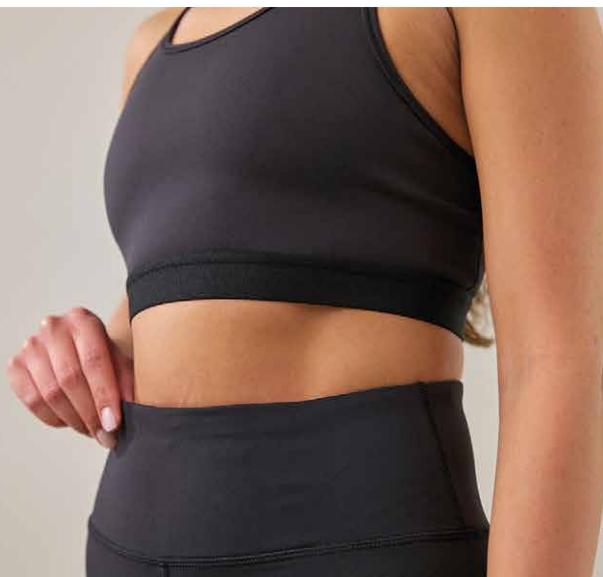
ANZEIGE

Exklusiv für GdP Mitglieder.

20% GdP-Rabatt* auf alle Artikel im Online-Shop.

20% Rabatt

*Nur für Neukunden ab 100€ Mindestbestellwert.



SNOCKS

Hingeschaut



GEWALT GEGEN FRAUEN

Keine Toleranz!

Jede Stunde erleiden mehr als 14 Frauen in Deutschland Gewalt. Beinahe jeden Tag versucht ein (Ex-)Partner eine Frau zu töten. Das zumindest sind die erschreckenden Umstände, die wir aus den zur Anzeige gebrachten Fällen entnehmen können. Die Entwicklungen hierzulande korrespondieren mit einem weltweiten Trend. Der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon sagte einst: „Es gibt eine universelle Wahrheit, die für alle Länder, Kulturen und Gemeinschaften gilt: Gewalt gegen Frauen ist niemals akzeptabel, niemals entschuldigbar und niemals tolerierbar.“ Was ist von dieser Haltung geblieben?

Dorothee Dienstbühl und Çiğdem Üzüm

Das Thema Gewalt gegen Frauen wurde für das Berichtsjahr 2023 erstmals in einem Lagebild erörtert. Demnach sind die Zahlen von registrierter Gewalt gegen Frauen in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen.

Straftaten gegen Frauen sind vielfältig und reichen von psychischer bis zum Mord. Unter dem Begriff Femizide werden Tötungsdelikte an Frauen gezählt, die an ihnen be-

gangen wurden, weil sie Frauen sind. Der frühere Vorsitzende Richter am 2. Strafsenat am Bundesgerichtshof, Thomas Fischer, kritisierte in seiner Spiegel-Kolumne im September 2024 die Forderung, Femizid automatisch zum Mordmerkmal zu erheben, da der Begriff „strafrechtlich unbrauchbar“ sei.

Das Lagebild zur geschlechterspezifischen Gewalt gegen Frauen führt Tötungsdelikte gegen Frauen durch Männer als Fe-

mizide auf. Jedoch findet sich nichts über die Motive der erfassten Tötungsdelikte. Einerseits hilft der Begriff, mehr Aufmerksamkeit zu gewinnen. Andererseits drohen Motive hinter den Taten zu verschwimmen.

Das Phänomen und die Justiz

Die Tötungsdelikte haben so oft eine Vorgeschichte: Im August 2024 wird in Berlin-Zehlendorf die 36-jährige Nurhan B. von ihrem Ex-Mann auf offener Straße mit einem Messer attackiert und tödlich verletzt. Der Täter habe sich durch die Trennung in seiner Ehre verletzt gefühlt. Im selben Zeitraum wird eine 28-jährige Griechin von ihrem Ex-Partner in Berlin-Friedrichsfelde erstochen. Am Tag ihres Todes hatte sie sich an das Familiengericht gewandt und um Hilfe gebeten. Bereits zu Beginn dieses Jahres wurde in Dortmund eine 32-jährige Krankenschwester erstochen aufgefunden. Als dringend tatverdächtig gilt ihr Ex-Partner, der sie mit dem Motiv seines Besitzdenkens ermordet haben soll.

Die FAZ-Journalistinnen Julia Bellan und Franziska Pröll recherchierten zu ihrem Artikel über Femiziden vom 22. November 2024, dass die Justiz das Besitzdenken eines Täters als Motiv nicht als besonders verwerflich bewertet – und es teilweise gar nicht erst erkannt hat.

In Coesfeld lebt eine Frau mit ihren Kindern, getrennt von ihrem gewalttätigen Mann. Immer wieder bedroht er sie, immer wieder zeigt sie ihn an. Schließlich lauert er ihr auf und erwürgt sie – vor den Augen ihrer Tochter, die ein Bild von der Tat malt. Laut Presse säße der Mann wegen des dringenden Tatverdachts des Totschlags in U-Haft. Warum hier kein Vorsatz eines niedrigen Beweggrundes im Sinne von Mord gemäß Paragraph 211 Strafgesetzbuch (StGB) im Raum steht, verwundert. Noch viel unpassender wirken Floskeln wie „Beziehungsdrama“ oder gar „Affektat“. Was bleibt von einer geplanten, aus niedrigen Beweggründen und unbedingt verachtenswerten Tat übrig, wenn der Täter mittels Begriffen wie „Beziehungsdrama“ und „Affekt“ regelrecht in Watte gepackt und ihm die Verantwortung abgenommen wird?

Und wie kann die Gewalt verhindert werden? ...

... durch gute Ansätze.

Schon in Frühlingslaune?

Gönn Dir was zum Vorteilspreis!



GdP-Plus
Partner



Nutze für Dich und Deine Familie
die Rabatte der GdP-Plus Partner!

Einfach einloggen und shoppen:

Hier zum
Easy-Login!



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: www.GdP.de

Wenn eine Frau sich entscheidet, gegen ihren Peiniger vorzugehen, müssen ihre Daten geschützt werden, beispielsweise mittels Sperrvermerk im Melderegister nach Paragraph 51 Bundesmeldegesetz. Auch in laufenden Verfahren schützt das Gesetz die Identität der Betroffenen: Nach Paragraph 68 Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) muss sie keine private Anschrift für die Anzeige angeben, sondern es reicht eine ladungsfähige Anschrift aus, etwa die Adresse des Geschäfts- oder Dienstsitzes. Dies muss im polizeilichen Alltag Anwendung finden, wenn dem Beschuldigten die Adresse bislang nicht bekannt ist. Leider ist das Problem, dass Adressen, nach Akteneinsicht durch Anwälte, auch deren Mandanten bekannt sind, deutlich verbreiteter, als dass man noch den Begriff des Einzelfalls bemühen könnte.

In Hochrisikofällen kann die Polizei mittlerweile in einigen Bundesländern (Brandenburg, Bayern, Hessen, NRW, Hamburg und Sachsen) nicht nur Täter gezielt beobachten, sondern auch eine elektronische Fußfessel beantragen.

Doch es bleibt eine ernüchternde Wahrheit: Kein Gesetz kann jeden Täter hundertprozentig aufhalten. Es braucht nicht nur Schutzmaßnahmen, sondern eine Gesellschaft, die Gewalt gegen Frauen nicht länger toleriert.

Schuld und Scham: eine Zeitenwende?

International macht Ende des Jahres 2024 die Rentnerin Gisèle Pelicot Schlagzeilen, als sie vor Gericht darauf besteht, dass die Videos, die ihr jahrelanges Martyrium darstellen, öffentlich gezeigt werden. Als ihr Mann 2020 beim Upskirting erwischt wurde, entdeckte die Polizei auf seinem Handy die Videos, die kaum in Worte zu fassen sind. Über neun Jahre hinweg betäubte Dominique Pelicot seine Frau regelmäßig, vergewaltigte sie und bot sie bewusstlos im Internet anderen Männern an. Diese vergingen sich ungeschützt an der gänzlich wehrlosen Frau, er filmte es. Zumindest 50 Männer konnten identifiziert und vor Gericht gestellt werden. Gisèle Pelicots Begründung für das, was sie vor den Augen der Öffentlichkeit auf sich nahm, ging um die Welt: „... damit die Scham die Seite wechselt.“

Ärztin Annika Henschel, die Frauen, denen Gewalt angetan wurde, im Krankenhaus behandelt, sagt es im Podcast „Ora-

nienburger Dialoge“ ganz deutlich: „Egal, wie betrunken eine Frau ist, niemand hat das Recht, sie zu vergewaltigen.“ Es ist wichtig, dies den Betroffenen zu verdeutlichen, denn häufig suchen sie die Schuld bei sich. Die Berliner Rechtsanwältin Dr. Susanne Rosenstock, die mit über zwanzigjähriger Berufserfahrung ganz sicher ein Gefühl dafür hat, was die Opfer benötigen, erklärt es im Podcast: „Den Opfern sexualisierter Gewalt kommt es darauf an, dass die Person, die ihnen die Gewalt angetan hat, zur Rechenschaft gezogen wird. Den Opfern psychischer Gewalt, bildbasierter und häuslicher Gewalt kommt es darauf an, dass ihr noch andauernder Zustand des Leids endet.“

Frauenhass ist mehr als nur ein gefährlicher Trend

Die Gewalt schafft längst unübersehbare Fakten. Noch zu häufig werden Gewalterfahrungen und Bedrohungen nicht ernst genug genommen. Auch im Kontext Stalking zeigt sich eine Fehlbewertung immer wieder: Solange ein Täter nicht physisch gegen sein Opfer vorgeht, sei doch „noch nichts passiert“. Dabei hat der Gesetzgeber mit Paragraph 238 StGB und einem Strafraum von bis zu drei Jahren deutlich gemacht, dass es sich nicht um eine Bagatelle handelt. Eigentlich. Obwohl die Strafnorm eindeutig klingt – die Justiz tut sich mit der Anwendung in der Praxis schwer.

Mit erfreulicher Deutlichkeit sind die Grundsätze der Strafzumessung nach Paragraph 46 Abs. 2 StGB formuliert, nämlich „die Beweggründe und die Ziele des Täters, besonders auch rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, geschlechtsspezifische, gegen die sexuelle Orientierung gerichtete oder sonstige menschenverachtende, die Gesinnung, die aus der Tat spricht, und der bei der Tat aufgewendete Wille“ seien zu berücksichtigen. Eine veritable Nichtanwendung macht das mächtigste symbolische Mittel, das eine Gesellschaft besitzt, nämlich das Strafrecht, zu einem stumpfen Schwert.

Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ bietet Frauen und Menschen aus deren sozialem Umfeld unter der Nummer 116 016 rund um die Uhr kostenlose, barrierefreie und anonyme Beratung auf Deutsch und in 18 Fremdsprachen an. Auch die Polizei kann diese Nummer verwenden, wenn sie beispielsweise vor Ort Hilfe beim Dolmet-

schen benötigt. Weitere Informationen finden sich unter: www.hilfetelefon.de

Mehr Informationen zum Thema „NEIN! zu Gewalt gegen Frauen“ gibt es in der Podcastreihe Oranienburger Dialoge auf der Homepage der Hochschule der Polizei Brandenburg (HPOlBB) unter: www.hpolbb.de



Zum Podcast „Oranienburger Dialoge“ auf der Webseite der Hochschule der Polizei Brandenburg (HPOlBB)

Dr. Dorothee Dienstbühl

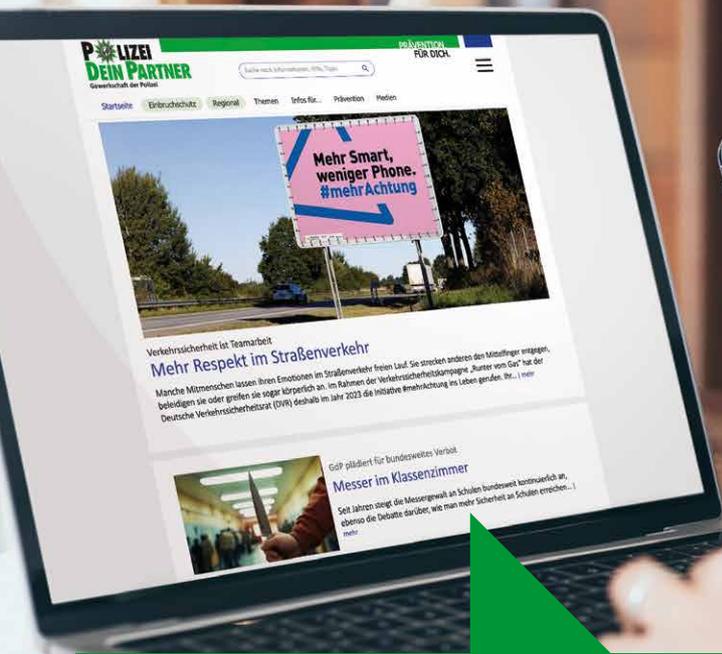


lehrt als Professorin an der Hochschule der Polizei Brandenburg (HPOlBB) im Fach Kriminalistik (Bachelor- und Masterstudiengang). Sie ist zertifizierte Präventionsmanagerin für Stalking und Intimpartnergewalt (IPBm) und begleitet seit vielen Jahren ehrenamtlich Frauen, die von häuslicher/sexueller/familiärer Gewalt und Nachstellungen betroffen sind.

Kriminaloberkommissarin Çiğdem Üzümlü (M.A.)



hat jahrelange kriminalpolizeiliche Erfahrung in Sexual- und Tötungsdelikten. Derzeit lehrt sie als Dozentin an der Hochschule der Polizei Brandenburg (HPOlBB) im Fachbereich Kriminalistik.



POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei
PRÄVENTION. FÜR DICH.

12 Jahre Präventions-Portal **Ab jetzt im neuen Look!**

Schau doch mal rein:

www.PolizeiDeinPartner.de



Außerdem neu:



Blog zur Cybersicherheit

Wir informieren in allen Bereichen rund die Sicherheit im Netz.



Regelmäßiger Podcast

Hier werden aktuelle Themen ausführlich behandelt. Hör' doch mal rein!



Schwerpunktthemen

Zum Beispiel Cannabis, oder der Schutz kritischer Infrastrukturen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Hingeschaut



canecostock.adobe.com

CANNABISSMISSBRAUCH IM STRASSENVERKEHR

Herausfordernd!

Mit dem Inkrafttreten des „Cannabis-Gesetzes“ am 1. April 2024 wurden neue Konsummöglichkeiten eingeführt. Im August 2024 erfolgte die Heraufsetzung des Grenzwerts beim Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) für Kfz-Führende im Straßenverkehrsgesetz (StVG) von 1 ng/ml auf 3,5 ng/ml im Blutserum. Befürchtet wird, dass die vom Gesetzgeber geschaffenen neuen Regeln die Gefährlichkeit des Fahrens unter Drogeneinfluss relativieren.

Peter Schlanstein

Neue Studien, darunter eine retrograde Vollerhebung und -auswertung aller einschlägigen Blutprobenergebnisse der Jahre 2021 bis 2023 in Rheinland-Pfalz, zeigen, dass auch geringere THC-Werte das Fahrverhalten erheblich beeinflussen können. So zeigt sich in diesem Bundesland im Bereich der Verkehrsstraftaten, das heißt aller Fälle der Cannabis-beeinflussten relativen Fahrunsicherheit, eine Mediankonzentration von „nur“ 3,4 ng/ml THC. Das heißt, dass schon unterhalb des neuen Wertes, bei dem laut der vom Bundesverkehrsministerium eingesetzten „Expertenkommission“

ein „Risikoeintritt möglich“, jedoch nicht wahrscheinlich, aber auch nicht „ganz unwahrscheinlich“ sei, bereits viele Straftaten durch Cannabiskonsum unter 3,5 ng/ml THC begangen werden.

Hohes Dunkelfeld

Die Auswertung aller in Rheinland-Pfalz über den Zeitraum von drei Jahren infolge Cannabiskonsum entnommenen Blutproben zeigt, dass unter Berücksichtigung des neuen Grenzwertes insgesamt 33 Prozent der bislang real-positiven THC-Fälle, das heißt mit einer Blutkonzentration von mehr als 1,0 ng/ml aber weniger als 3,5 ng/ml, unterhalb des neuen Grenzwertes gelegen hätten und

damit den Tatbestand – trotz Cannabiseinfluss – nun nicht mehr erfüllen. Eine jüngere Erhebung eines großen Polizeipräsidiums in Nordrhein-Westfalen führte zu ähnlichen Ergebnissen wie in Rheinland-Pfalz.

Bei der Bewertung der folgenlosen Fahrten und Verkehrsunfällen in Folge des Genusses von Cannabis ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den einschlägigen Delikten fast ausnahmslos um Kontrolldelikte handelt, die nur durch die polizeiliche Verkehrsüberwachung zutage gefördert werden und insofern ein hohes Dunkelfeld bestehen dürfte.

Aufklärung entscheidend

Entscheidend wird eine intensivierte Aufklärung sein. Vor allem junge Erwachsene müssen verstärkt für die Gefahren des Cannabiskonsums am Steuer sensibilisiert werden. Laut einer Umfrage des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR) aus 2024 schätzen viele junge Fahrer Cannabis im Straßenverkehr zwar als gefährlich ein, dennoch gibt ein erheblicher Teil an, sich von einem berauschten Fahrer fahren zu lassen. Jeder fünfte junge Erwachsene hat innerhalb des letzten Jahres Cannabis konsumiert, was die Notwendigkeit von gezielter Aufklärung und Prävention verdeutlicht. ■

DP-Autor Peter Schlanstein



ist Lehrender an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen. Die Forschungsschwerpunkte des Ersten Polizeihauptkommissars sind die Verkehrsunfallprävention und der Opferschutz nach Verkehrsunfällen. In der Verkehrsunfall-Opferhilfe Deutschland e.V. (VOD) ist Schlanstein geschäftsführender Vorstand. Zudem ist er für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) als Straßenverkehrsexperte im Einsatz.

AUSLÄNDERRECHT/FÄLLE ZUM AUSLÄNDERRECHT

Von **Tilmann Schott-Mehring**s.



Ausländerrecht für die Polizei

Grundlagen des Visa-, Einreise- und Asylsystems sowie des Aufenthaltsrechts

3. Auflage 2025

Umfang: 405 Seiten / **Format:** 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 28,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0951-6

VDP e book

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 27,99 € [D]

Fälle zum Ausländerrecht für die Polizei

Nach Aufgriffslagen geordnet

Mit Lösungsvorschlägen und Aufbauschemata

1. Auflage 2019

Umfang: 168 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

Preis: 24,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0863-2



Ausländerrecht für die Polizei

Nach den Ereignissen um die Flüchtlingsbewegungen im Herbst 2015, die das Aufenthalts- und Asylrecht in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses gerückt haben, schloss sich mit der COVID-19-Pandemie ein weiteres Ereignis an, das ebenfalls Auswirkungen für eine Vielzahl von Behörden wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörden, die Bundespolizei, die Landespolizeibehörden und den Zoll hat.

Für diese Neuauflage hat der Autor den Inhalt aktualisiert und u.a. die Neufassung der EUVisaVO, die Gebührenerhöhung für Schengen-Visa sowie das Fachkräfteeinwanderungsgesetz berücksichtigt.

Fälle zum Ausländerrecht für die Polizei

Dieses Buch behandelt 35 praxisrelevante Fallkonstellationen aus dem polizeilichen Alltag, die vorrangig zur Vorbereitung auf die Prüfung im mittleren und gehobenen Dienst dienen. Die Fälle sind geordnet nach der Vorlagesituation in der Reihenfolge der üblicherweise zu prüfenden Einreisevoraussetzungen und gliedern sich in sechs Sachgebiete.

Je nach Eignung des Sachverhalts stellt der Autor unter Verwendung von original behördlichen Pass-, Visa- und Aufenthaltstitelmustern die Lösungs- und Entscheidungsvorschläge zu den Fällen im Gutachten- oder im Feststellungsstil dar.

DER AUTOR

*Prof. Dr. Tilmann Schott-Mehring*s, ist als Dozent an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Fachbereich Bundespolizei, verantwortlich für Aufenthalts-, Pass- und Asylrecht, Korruptionsdelikte sowie Waffenrecht.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Hingeschaut

DISKRIMINIERUNGSRISIKEN IM POLIZEILICHEN HANDELN

Offensive Auseinandersetzung geboten

„Diskriminierung ist ein Thema für die Polizei“, mit diesen Worten haben Prof. Dr. Claudius Ohder und Prof. Dr. Birgitta Sticher den ersten Teil einer Beitragsreihe zu Diskriminierungsrisiken in der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) herausgegebenen Fachzeitschrift „Die Kriminalpolizei“ überschrieben.

Hartmut Brenneisen

Steigende Sensibilität und ihre Ursachen

Die steigende Sensibilität gegenüber der mit einer Diskriminierung verbundenen Ungleichbehandlung von Menschen ist nicht nur in Deutschland ein Thema und keinesfalls allein vorübergehender Natur. Sie hat strukturelle Ursachen, die nicht zuletzt auf die zunehmende Diversität der Bevölkerung, damit einhergehende Erfahrungen, die engagierte Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung spezialisierte gemeinnützige Fachberatungsstelle OFEK e.V., politische Initiativen und eine stärkere Institutionalisierung der themenspezifischen Auseinandersetzung zurückzuführen sind.

Aus den Jahresberichten der ADS

Den Jahresberichten der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) ist zu entnehmen, dass die Zahl gemeldeter Fälle steigt. So wird im Bericht 2023 (Stand: Juni 2024) durch die Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung auf einen „neuen Rekordwert“ von 10.772 Beratungsanfragen hingewiesen, die die ADS erreicht haben. Das sind mehr als doppelt so viel wie im Jahr 2019. Die meisten Anfragen haben sich auf die Kriterien „Ethnische Herkunft, Rassismus und Antisemitismus“ (3.429), „Behinderungen“ (2.039), „Geschlecht“ (1.954) und „Alter“ (1.161) bezogen. Besonders relevant waren aber auch die Merkmale „Religion und Weltanschauung“ (620) sowie „Sexuelle Identität“ (347). Mehrfachnennungen bei Fällen einer mehrdimensionalen Diskriminierung sind dabei zu berücksichtigen.

Polizei und Justiz

Wenngleich sich diese Vorgänge keinesfalls vorrangig auf Maßnahmen oder Verhaltensweisen von Polizeikräften beziehen, sind Vorwürfe, die Polizei behandle bestimmte Personen oder Personengruppen unfair, ungleich oder sogar gesetzeswidrig, nicht neu. Aus dem ADS-Jahresbericht 2023 geht hervor, dass in 444 Fällen Diskriminierungserfahrungen mit Polizei und Justiz gemacht wurden. Dies entspricht einer Prävalenz von 4,12 Prozent. Insbesondere zielgerichtete hoheitliche Personenkontrollen aufgrund des äußeren Erscheinungsbildes („Racial“ bzw. „Ethnic Profiling“) werden häufig kritisiert und einschränkende legislatorische Regelungen wie beispielsweise § 181 Abs. 2 Landesverwaltungsgesetz Schleswig-Holstein (LVwG SH) gefordert (vgl. zu dieser Norm Becker/Brüning, Öffentliches Recht in Schleswig-Holstein, 2. Auflage 2022, § 4, Rn. 280; Büttner/Schade/Scholze/Susel, Polizei- und Ordnungsrecht in Schleswig-Holstein, 1. Auflage 2024, S. 140; Grantz, in: Brenneisen/Grantz, Erläuterungen zum Landesverwaltungsgesetz, PolFHB (6-11-o La), Loseblattwerk 2024, S. 67.

Beitragsreihe in der „Kriminalpolizei“

Mit Claudius Ohder und Birgitta Sticher haben sich sehr fachkompetente und erfahrene Hochschullehrer dieser wichtigen Thematik angenommen. Claudius Ohder ist Professor für Kriminologie und hat bis 2020 am Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin gelehrt. Er ist zurzeit am Forschungsinstitut für Öffentliche und Private Sicherheit (FÖPS) Berlin tätig. Birgitta Sticher ist seit 1989 Professorin für Psycholo-

gie und Führungswissenschaft an der HWR. Sie ist zudem Direktorin des FÖPS.

Unsere Autoren setzen sich mit dem Begriff und den Ursachen der Diskriminierung auseinander, stellen neben den relevanten Bestimmungen des Grundgesetzes (GG) die Grundlagen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) vor. Sie differenzieren zwischen der juristischen und sozialwissenschaftlichen Perspektive, nennen aktuelle Beispiele sowie dazu ergangene Entscheidungen und plädieren für einen offensiven Umgang mit dem Thema in der Polizei. Sie fordern, dass Polizisten informiert, diskursfähig und stets in der Lage sein müssen, polizeiliches Handeln in Bezug auf Diskriminierungspraktiken und -risiken zu reflektieren. Allein dadurch werden sie dem Menschenbild des GG gerecht, legitimieren ihre besondere Stellung und zeigen gesellschaftliche Verantwortung.

Hierzu soll die Beitragsreihe in der Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“, die exemplarisch an den Diskriminierungsmerkmalen beziehungsweise -umständen der psychischen Auffälligkeit, sexuellen Identität, geringen Lese- und Schreibfähigkeit sowie der Sexarbeit ansetzt, beitragen. ■



Zum Online-Beitrag:
Diskriminierungsrisiken im
polizeilichen Handeln – Teil 1:
Diskriminierung ist ein Thema
für die Polizei!

DP-Autor Hartmut Brenneisen



ist Professor und Leitender Regierungsdirektor a. D. sowie Verantwortlicher Redakteur der Fachzeitschrift „Die Kriminalpolizei“.

ZUGRIFF IN SEKUNDEN

DP
DIGITAL

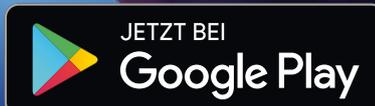
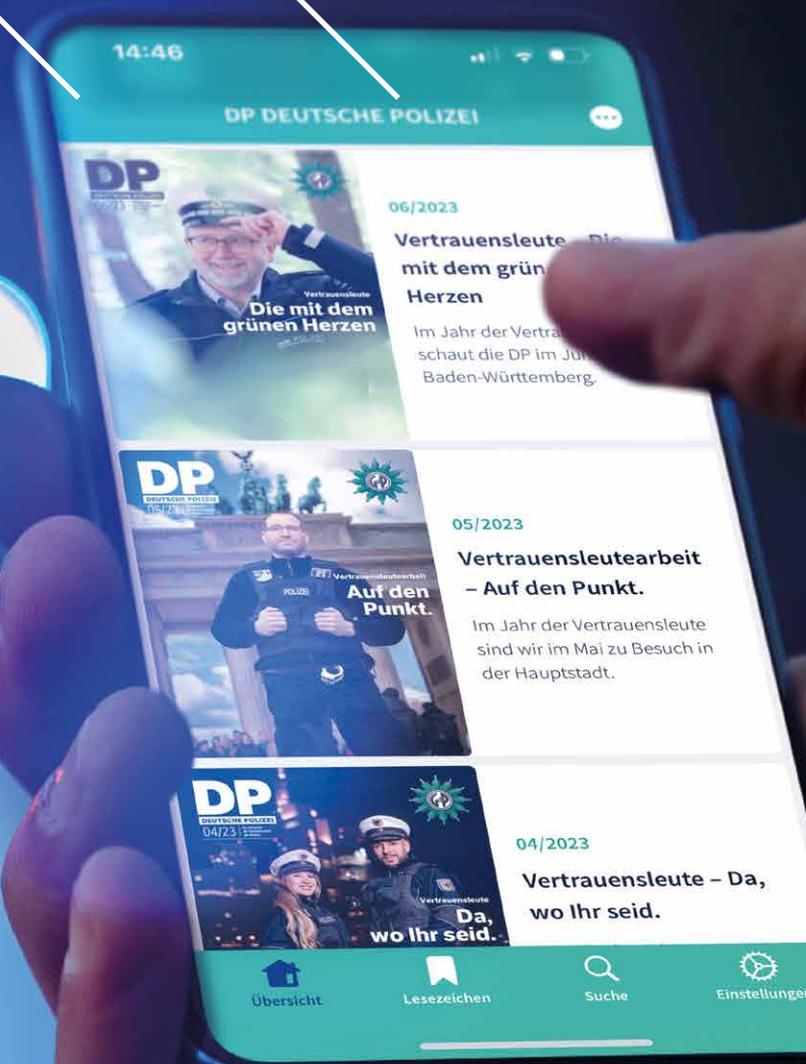
POLIZEI
PRAXIS

DIE
KRIMINALPOLIZEI
Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei • Ausgabe 2/2017

Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI, POLIZEIPRAXIS und DIE KRIMINALPOLIZEI hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.



Medienrückblende



Crack, Fentanyl & Co – Hat die Drogenpolitik versagt?

Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke diskutierte mit Sarah David, Projektmanagerin „Globale Partnerschaft Drogenpolitik und Entwicklung“, GIZ und Prof. Dr. Heino Stöver, Suchtexperte, Frankfurt University of Applied Sciences – SWR Kultur Radio vom 13. Januar 2025



Jochen Kopelke: „Es braucht mehr Befugnisse für alle Polizeien“

GdP-Chef Jochen Kopelke zur Debatte über das Zustrombegrenzungsgesetz – ndr Aktuell am 31. Januar 2025



JEF-Webinar „Offene Grenzen UND geregelte Migration – (k)ein Widerspruch!“

Wie bekommen wir Personenfreizügigkeit in Europa UND eine geordnete und humane Migrationspolitik zusammen? Das JEF-Webinar „Offene Grenzen UND geregelte Migration – (k)ein Widerspruch!“. Lückenlose Grenzkontrollen könne es nicht geben: „Die Bundespolizei kann personell nur an einem Bruchteil aller regulären Grenzübergangsstellen stehen“, betonte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Sven Hüber im Gespräch mit Migrationsforscherin Judith Kohlenberger (WU Wien), und Monzer Haider, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.



Mehr zur JEF Deutschland



Die #GdP bei der International Conference against Antisemitism in Berlin

GdP-Chef Jochen Kopelke betonte: „Die Polizei hat eine besondere Verantwortung, als Schutzmacht unserer Demokratie entschlossen gegen Antisemitismus, Hass und Hetze vorzugehen. Es ist unsere Pflicht, jüdisches Leben zu schützen.“



Internationaler Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Am Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, haben Mitglieder der GdP-Arbeitsgruppe Vielfalt „Stolpersteine“ geputzt. Diese erinnern die Schicksale von Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, deportiert und ermordet wurden.



DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 3 | 74. Jahrgang 2025
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10€ zzgl. Versandkosten
Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Leitender Redakteur
Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
gdp-pressestelle@gdp.de
Telefon 030 399921-113
Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Tim Brakemeier/dpa

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Telefax 0211 7104-174
av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Dominik Lehmanns

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenliste Nr. 48 vom 1. Januar 2025.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirksteils in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

183.552 Exemplare
ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT

Geprüfte Auflage
Klare Basis für den Werbekontakt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon 02831 396-0
Telefax 02831 396-89887
av@vdp-polizei.de

STAAT – VERFASSUNG – POLITIK

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Günter Burmeister**. Begründet von **Helmut Dohr**.



22. Auflage 2022

Umfang: 560 Seiten

Format: 14,8 x 20,8 cm, Broschur

Preis: 35,00 € [D]

ISBN 978-3-8011-0896-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 34,99 € [D]

Dieses Buch vermittelt die für den Polizeiberuf unerlässlichen Kenntnisse des deutschen Staats- und Verfassungswesens. Es gehört seit über vier Jahrzehnten zu den Standardwerken der Polizeiausbildung.

Für die 22. Auflage wurde das Werk unter neuer Autorenschaft völlig überarbeitet und aktualisiert. Die bewährte Struktur des Buches wurde im Wesentlichen beibehalten und gliedert sich in folgende Kapitel:

- Aus der allgemeinen Staatslehre
- Deutschland – gestern und heute
- Verfassungsrechtliche Grundprinzipien
- Grundrechte und grundrechtsähnliche Rechte
- Die freiheitlich demokratische Grundordnung
- Symbole des deutschen Staates
- Die Wahlen
- Die obersten Bundesorgane
- Die politischen Parteien
- Wesen und Wirken von Interessenverbänden
- Die Bundesgesetzgebung
- Die Notstandsverfassung
- Staatengemeinschaften

Aufbau und Inhalt des Werks ermöglichen es dem Nutzer, sich eine umfassende politische Bildung zu erarbeiten, wie sie im Polizeiberuf zwingend erforderlich ist. Wissensfragen am Ende der jeweiligen Abschnitte helfen zudem, die Themenkenntnisse zu überprüfen und zu vertiefen.



DIE AUTOREN

Dr. Günter Burmeister ist Richter am Bundesverwaltungsgericht sowie stellv. Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs. Er lehrt als Honorarprofessor Öffentliches Recht an der Technischen Universität Braunschweig.

Begründet von

Helmut Dohr († 2014) war Staatssekretär a.D. und bis 1990 in leitender Position im Polizeidienst tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Wir lassen dich nicht hängen!

Mit Weitsicht für Werbeideen und Kompetenz im Polizeibereich unterstützen wir euch als Partner der GdP bei eurer Werbeaktion. Von schnellen Budget-Lösungen bis zum Full-Service-Paket bieten wir alles:

Planung **Gestaltung** **Logistik**

Für dich stellen wir uns auf den Kopf!

Auch bei besonderen Anforderungen und Aufgaben sind wir für euch da. Mit kreativen Werbeideen für die Zukunft der GdP.



Entdeckt jetzt spannende Artikel im Onlineshop



Oder blättert direkt durch den aktuellen Katalog!

Nicht nur für GdP-Artikel – alles ist möglich.

Plant ihr eine **Werbeaktion**, **Veranstaltung** oder eine ganze **Kampagne** und braucht dafür Werbeartikel die eure Botschaft effektiv und nachhaltig bei eurer Zielgruppe platzieren?

In unserem breit gefächerten Netzwerk finden wir auch außerhalb unseres regulären Sortiments die perfekte Lösung für eure Anforderung.

Wir freuen uns auf euer Projekt!

osg.werbemittel@gdp.de

Telefon 0211 7104-169



ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

